POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 87. X. BAND 25. Februar 1918

INHALT:

1. **Nach der neuen Teilung Polens.**
   - Der Eindruck in Warschau.
   - Die Protestbewegung in Galizien.
   - Der Wendepunkt der Polenpolitik in Oesterreich.
   - Im Deutschen Reichstag.
   - Brief aus Chelm.
   - Strategische Sicherungen gegenüber Polen?
   - Die ungarische Auffassung.
   - Die Stellung Englands.
   - Deutsche Pressestimmen.
2. W. St. Reymont: Heilige Wölfinnen.
3. Notizen.

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter“
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 5., 15. und 25. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):
vierteljährlich Mk. 3,50 — Einzelheft 40 Pfennig
Insertionspreis: 1/1 Seite 50 Mk., 1/2 Seite 25 Mk.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten an:
W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28
Fernsprecher Amt Steinplatz. Nr. 2306

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 87 25. Februar 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Nach der neuen Teilung Polens.

Der Eindruck in Warschau.

Warschau, den 29. Februar.

Seit acht Tagen leben wir in einer Stimmung, wie wir sie seit den traurigsten Russenzeiten nicht gehabt haben.

Die Kunde von der Ausschaltung des Chełmer Landes wirkte wie eine Elementarkatastrophe.

Die nächsten Erscheinungen, der Rücktritt des Kabinetts Kucharzewski, der Aufruf des Regentschaftsrates, die Manifestation der Stadtverordnetenversammlung sind bekannt. (Wir haben den Aufruf des Regentschaftsrates, den motivierten Bericht des Ministerrates und die Beschlüsse der Gemeindevertretung in einer Beilage zur letzten Nummer gebracht. Red. d. „Poln. Bl.“.) Die Blätter, die den Aufruf veröffentlichten, wurden zu hohen Geldstrafen verurteilt. Unsere Behörden haben alles getan, um zuweitgehenden Kundgebungen vorzubeugen. Besonders betreffs der studierenden Jugend. Der Unterrichtsminister hat eine Erklärung herausgegeben, deren Schlußpassus folgendermaßen lautet: „Wir stehen in Ungewißheit, was die nächste Zukunft bringen wird. In diesem Augenblick erachte ich es für meine Pflicht, alle in der Unterrichtsverwaltung Arbeitenden zu ermahnen, auf ihren Posten zu verharren. Es soll uns nichts brechen oder unsere Wirksamkeit schwächen. Im Gegenteil, mit desto größerer Festigkeit und Ausdauer wollen wir alle unsere Pflicht erfüllen, eingedenk, daß trotz allem, was uns getroffen hat und noch treffen kann, unser Volk lebt und leben wird, und daß die Aufklärung eine Grundlage seiner Gesundheit und Kraft ist. Jede noch so bescheidene Alltagsarbeit, mit Gewissenhaftigkeit und Zielbewußtsein ausgeführt, trägt zum Aufbau der Wiedergeburt der polnischen Nation und des polnischen Staates bei. Wir müssen ausharren!“

Kundgebungen konnten bei der gegenwärtigen Stimmung der Bevölkerung nicht ausbleiben.

Wir erlebten sie am 14. d. M. Ein denkwürdiger Tag....

Die Läden, Geschäfte, Banken, Fabriken und Werkstätten, sämtliche Schulen, Gerichte, Ministerien und Ministerialbüros sind geschlossen... Die Kirchen von Militärpatrouillen umgeben. Dae Straßenbahnen und Droschken sind von den Straßen verschwunden. An den Peripherien der Stadt Totenstille; durch die Querstraßen strömen ungezählte Scharen nach dem Stadtinnern. Auf den Trottoirs der Hauptstraßen wandeln ernst und geschlossen lange Züge von Menschen.

Ganz Warschau ist auf den Straßen, um gegen die neue Teilung Polens kollektiven Protest einzulegen. Im Moment des nationalen Unglücks schweigen Differenzen und Parteizänkereien, Standesunterschiede verwischen sich, und die Hauptstadt Polens vereinigt sich in gemeinsamem Protest.

Durch die Straßenmitte ziehen Infanterie- und berittene Patrouillen, durch Maschinengewehrabteilungen verstärkt.

„Aufruf des Regentschaftsrates an die Nation“ — rufen die Straßenzeitungsverkäufer. Ein Ruck geht durch die Menge, Gruppen bilden sich, die Sonderbeilagen der Zeitungen gehen von Hand zu Hand.

Die kleinen, zweispaltigen Bogen mit dem Aufruf des Regentschaftsrates, der Erklärung des Ministerkabinetts und den Beschlüssen der Stadtverwaltung. Nur diese Sonderbeilagen sind heute erschienen. Andere Zeitungen gibt es nicht. Das Publikum greift gierig nach ihnen, liest die starken Worte des Aufrufs.

„Hoch der Regentschaftsrat!“ — erschallen Rufe. Die Mützen und Hüte gehen hoch.

Wenn man dieses ruhige Warschau beobachtete, konnte einem keinen Augenblick der Gedanke kommen, daß es zu traurigen Vorkommnissen kommen sollte. Am Nachmittag fuhr der Regent, Fürst Lubomirski, durch die Straße Nowy Swiat zur Sitzung des Regentschaftsrates. Das Publikum erkannte den Fürsten. Hochrufe auf den Regentschaftsrat wurden laut. Es kam zu einem Zusammenstoß....

Der Stadt wurde seitens des General-Gouverneurs eine Kontribution von 250000 Mark auferlegt. Die Redaktionen, die den Aufruf des Regentschaftsrates veröffentlicht hatten, wurden zur Geldstrafe von je 2000 Mark oder zur Gefängnisstrafe verurteilt. Das Regierungsblatt „Monitor Polski“ wurde beschlagnahmt.

Die politischen Kreise sind wie betäubt. Allmählich beginnen sie sich in der Lage zu orientieren. Die radikale Linke verlangt, auch der Regentschaftsrat möge zurücktreten. Die große Mehrheit der politischen Parteien ist aber dagegen. Der zwischenparteiliche Verband (National-Demokraten und ihre Genossen) ist in dieser Beziehung einig mit dem Nationalen Zentrum; auch der nationale Block und der nationale Arbeiterverband haben sich dem Wunsche angeschlossen, der Regentschaftsrat, der nicht aus einer Ernennung, sondern durch die Wahl des Staatsrates entstanden ist, möge auf seinem Posten verbleiben, als Symbol der Souveränität des polnischen Volkes.

Der Regentschaftsrat hat an beide Kaiser ein Schreiben gerichtet, in dem der polnische Standpunkt betreffs der letzten Vorkommnisse ruhig und sachlich erörtert wird. Die Demission des Herrn Kucharzewski wurde mit folgendem Handschreiben angenommen:

„Das von dem Regentschaftsrat eingereichte Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums wurde in der gemeinsamen Sitzung des Regentschaftsrates und des Ministerrates am 11. Februar d. J. angesichts seiner berechtigten Motive angenommen. Jetzt, nachdem wir die Gründe, die zur Demission geführt haben, in schriftlicher Form erhalten haben, stellen wir noch einmal fest, daß wir dieselben voll teilen und dieses bereits in unserm gestern an die polnische Nation erlassenen Aufruf zum Ausdruck gebracht haben. Wir teilen gleichfalls die am Schlusse der Motivierung ausgedrückten patriotischen Wünsche, daß der uns zugefügte Schlag, der den Rücktritt des Ministerkabinetts zur Folge hatte, zu einer noch engeren inneren Zusammenschließung der polnischen Nation führen möge.“

Gleichzeitig wurden die auf den 27. d. M. ausgeschriebenen Wahlen zum Staatsrat sistiert, da der Wahlbezirk Zamość-Krasnystaw, der nach dem von den Okkupationsregierungen bestätigten Gesetze an den Wahlen teilnehmen sollte, jetzt ausgeschlossen werden soll.

Die jetzt entstandene Lage wird in Deutschland falsch als „Streik der polnischen Regierung“ aufgefaßt. Das Kabinett des Herrn Kucharzewski hat unverschuldeterweise eine Niederlage erlitten und zog sich zurück, um einem anderen Platz zu machen. Solange die politische Lage sich nicht geklärt hat, werden die Geschäfte von einem Beamten-Ministerium, wahrscheinlich unter Leitung des bisherigen Unterrichtsministers Ponikowski, geleitet werden. Einstweilen werden Verhandlungen mit den politischen Faktoren in Berlin, Wien, Budapest geführt; vorher kann ein definitives Programm und ein Ministerium nicht geschaffen werden. P. Warszawski.

Die Protestbewegung in Galizien.

Die Kunde vom Friedensvertrage in Brest-Litowsk hat besonders in Galizien Erbitterung und Empörung hervorgerufen. War doch das hiesige Polentum seit einem halben Jahrhundert die treueste und wichtigste Stütze des österreichischen Staates; hatte es doch beim Ausbruch des Krieges seine edelste Jugend in den Legionen zur Verfügung gestellt; schließlich stand das Chełmer Land unter österreichischer Verwaltung, die im Juni v. J. dasselbe wiederum in die rechtmäßigen polnischen Hände übergab!

Die erste Wirkung der Czernin'schen Tat war die Stellungnahme der polnischen Gesellschaft gegen die sogenannte austrophile Lösung der Polenfrage. Das Oberste Nationalkomitee in Krakau, als Vertreter dieses Programmes, wurde zum Ziel einer protestierenden Demonstration. Die Protestbewegung gegen das uns zugefügte unerwartete Unrecht verbreitete sich mit elementarer Kraft durchs ganze Land. Alles, was polnisch ist, wurde von einem einzigen Gefühl erfaßt. Ohne viele Vorbereitungen bemächtigte sich sämtlicher Kreise der Bevölkerung diese Bewegung. Jeder Tag, jede Stunde bringt neue Kundgebungen. In Krakau waren sie so heftig,

daß die Polizei zurückgezogen werden mußte; der Sicherheitsdienst wurde einer Bürgermiliz übertragen; nur auf diese Weise konnte relative Ruhe aufrechterhalten werden. Das Privat- und Geschäftsleben hörte auf einige Tage fast gänzlich auf; Trauer und nach kurzer Depression Zorn und starker nationaler Wille zum Durchhalten ergriffen alle Gemüter.

Es gibt in ganz Galizien keine einzige Gemeindevertretung, keinen Verein, keine Körperschaft, die nicht einen Protest gegen die Tat des Grafen Czernin beschlossen hätte. Das ganze Polentum ist einig, wie noch nie. Es müßten Bände geschrieben werden, um die Ausbrüche des allgemeinen Zornes und der Empörung mitzuteilen. Am 18. Februar fand in ganz Galizien ein allgemeiner nationaler Protest statt. In ca. 5000 Gemeinden wurde gleichzeitig feierlich und tiefernst gegen die Vergewaltigung Einspruch eingelegt und das Gelöbnis abgegeben, den Kampf gegen die neue Teilung Polens mit allen Kräften durchzuführen.

Am feierlichsten waren die Protestkundgebungen in Lemberg und in Krakau.

In Krakau haben sich ausnahmslos sämtliche Schichten, von den höchsten Spitzen bis zum ärmsten Arbeiter, auf dem Markt eingefunden, und das gleiche Empfinden, der gleiche Wille verband alle. Der gesamte Verkehr ruhte vom frühesten Morgen an. Sämtliche Läden, staatlichen und kommunalen Aemter, Werkstätten, Fabriken, Kaffeehäuser und Restaurationen waren geschlossen, Stille herrschte auf den Straßen, jeder Verkehr ruhte, kein einziger Straßenbahnwagen hat kursiert.

Am frühen Morgen, vor der allgemeinen Versammlung auf dem Marktplatz, fanden feierliche Sitzungen des Stadtrates von Krakau, des Kreisrates und der Jüdischen Gemeinde statt.

Um 10 Uhr wurden in sämtlichen Gotteshäusern Krakaus feierliche Gottesdienste abgehalten; die Kirchen waren überfüllt.

Um 11 Uhr versammelte sich ganz Krakau auf dem Marktplatz. Fast zu gleicher Zeit zogen von allen Enden der Stadt in geschlossenen Reihen die verschiedenen Korpora-

tionen und Verbände herbei. Durch die St. Annenstraße kam die Universität, sämtliche Professoren mit dem akademischen Senat und dem Rektor.

10 Minuten nach 11 blies von den Türmen der uralten Marienkirche ein Trompeterchor das Lied „Gott, der Du Polen“; darauf richteten von fünf verschiedenen Tribünen bekannte Redner Ansprachen an das Volk. Das Thema war das gleiche: das in Brest begangene Unrecht wurde dargelegt und die Nation zur solidarischen Verteidigung ihrer Rechte und des Vaterlandes aufgerufen.

Von sämtlichen Tribünen wurde der Aufruf des Polenklubs, der Parlamentskörperschaft und die Erklärung der polnischen Herrenhausmitglieder verlesen und von der Menge mit stürmischen Zurufen und Beifall aufgenommen.

Sodann wurde eine Eidesformel verlesen, die von der gesamten Menge entblößten Hauptes laut mitgesprochen wurde.

Um 1 Uhr war die Manifestation zu Ende, und die Versammelten zogen im größten Ernst und in Ruhe nach Hause.

In der Aula der Jagiellonischen Universität hielt dann die gesamte Studentenschaft mit den Professoren eine feierliche Versammlung ab. Der Rektor, Professor Dr. Żórowski, richtete an die Jugend folgende Ansprache:

„Liebe polnische Jugend! Die Hoffnungen, daß Ihr bessere Bedingungen nationaler und kultureller Entwicklung haben werdet wie Eure Ahnen und Väter, verwirklichen sich noch nicht. Der Kriegssturm ist noch nicht zu Ende, und das letzte Wort ist noch nicht gesprochen worden. Aber wenn vor Euch und vor Eurer Generation sich ein Dornenweg auftun wird, so wird auch Euch das nicht beugen. Ihr werdet diesen Weg gehen voller Liebe zu unserem Land und unserer nationalen Kultur, mit männlicher Besonnenheit und stahlharten Geistes, die das 100jährige Joch in uns erzeugt hat, mit derjenigen Widerstandsfähigkeit und Kraft, die trotz der schwierigsten Bedingungen auf der Wacht der nationalen Errungenschaften stehen werden. Und auf diesem Weg, der noch keinen Ruhepunkt, kein längeres ruhendes Verweilen zeigt, für dieses Euer Geschick, wie es auch sein

möge, gebe ich Euch mit auf die Fahrt das altpolnische: „So möge Euch Gott der Herr helfen!“

Auch die jüdische Gemeinde in Krakau hat eine feierliche Sitzung abgehalten in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder des Rabinats und der Kultusbeamten und gegen die Abtrennung des Chełmer Landes und Podlachiens Protest eingelegt. Die Resolution der jüdischen Gemeinde besagte: „Die Krakauer Juden solidarisieren sich mit der ganzen polnischen Nation und empfinden das schwere Unrecht und den Rechtsbruch, der der polnischen Nation durch die Abtrennung historisch und ethnographisch polnischer Länder angetan wurde, mit. Sie vereinigen sich mit der ganzen polnischen Nation in dem Ausdruck des lebendigen und entschiedenen Protestes und beschließen feierlich, treu und unbeugsam bei der ganzen polnischen Nation zu stehen in ihrem Kampf um die höchsten nationalen Ideale.“

Am gleichen Tage fand auch in Lemberg eine außerordentlich eindrucksvolle Manifestation statt, an der sich wiederum sämtliche Schichten, ohne jegliche Ausnahmen, beteiligt hatten.

Jeglicher Verkehr, jede Arbeit in den Aemtern, Banken, Fabriken, Werkstätten und Schulen ruhte, alle Läden waren geschlossen.

An den Kreuzungspunkten der Straßen sammelten sich die Verbände, Vereine, Innungen und Körperschaften, die Stadt war erfüllt von festlich gekleideten Bauern aus der näheren Umgebung. Zuerst fanden Gottesdienste statt in sämtlichen Kirchen, dann versammelte sich die Menge auf dem Marktplatz und hörte die Reden zahlreicher bekannter Volksredner an; von hier aus zog man geschlossen vor das Landtagsgebäude, wo ein gemeinsamer feierlicher Eid abgelegt wurde. Hierauf zerstreute sich die Menge in ruhiger und ernster Stimmung. Die öffentliche Ordnung wurde durch die neugebildete Bürgermiliz aufrechterhalten.

Und das politische Ergebnis?

Vor einigen Wochen wurde in Galizien eine Gesellschaft „der nationalen Arbeit“ zur Durchführung der „austrophilen“ Lösung der Polenfrage gegründet. Nun haben die Krakauer

und Lemberger Filialen der Gesellschaft beschlossen, der Generalversammlung einen Antrag zur Auflösung des Vereins einzubringen.

Der politische Schwerpunkt der Frage wurde nach Wien verlegt.

Der Wendepunkt in der Polenpolitik in Oesterreich.

Der 16. Februar ist der Wendepunkt in der polnischen Politik in der österreichisch-ungarischen Monarchie. In Anwesenheit von 26 polnischen Herrenhausmitgliedern, die die klangvollsten Namen der polnischen Vergangenheit und die höchsten Würden im österreichischen Staat repräsentieren, beschloß der Polenklub des Reichsrates, mit seiner bisherigen Politik Schluß zu machen. Dieser Beschluß wurde in der größten Geschlossenheit der Geister, in vollem Bewußtsein seiner Folgen, aber auch seiner Unumgänglichkeit gefaßt. Nachdem der Polenklub und die polnischen Herrenhausmitglieder 50 Jahre hindurch der Monarchie ständige Dienste im Interesse der inneren Politik und der auswärtigen Machtstellung geleistet haben, wurden sie zum Abbruch der bisherigen Beziehungen gezwungen und treten in die grundsätzliche Opposition. Dieser Schritt wird wahrscheinlich Repressalien von dem bekannten Charakter nach sich ziehen, aber die Vertreter der Nation betreten diesen Weg in der Ueberzeugung, daß die Gerechtigkeit ihrer Sache, wenn sie durch die Einheitlichkeit des Handelns unterstützt wird, den endgültigen Sieg davontragen muß. Der Beschluß wurde ohne Diskussion gefaßt, nach Anhörung der Deklaration und des Aufrufs der Parlamentskommission und der Deklaration der polnischen Herrenhausmitglieder. Der Polenklub nahm seinen Beschluß mit demonstrativer Einmütigkeit an.

In der Vollversammlung des Klubs hat Abgeordneter Daszynski namens der parlamentarischen Kommission neben der im Abgeordnetenhause abzugebenden Erklärung auch einen Aufruf an die Polen in Oesterreich verlesen, der einstimmig angenommen wurde. Der Aufruf besagt in den freigegebenen Stellen:

„Mitbürger! In schwerer, ernster Zeit wenden wir uns an Euch, wir, Eure Abgeordneten und Vertreter im österreichischen Parlament. Der erste Friedensvertrag im vierten Jahre des Weltkrieges ist auf Kosten unseres Landes und unseres Volkes geschlossen worden, auf Kosten des blutgetränkten Bodens von Chełm und Podlasie, welchen Deutschland und Oesterreich widerrechtlich der sich neu bildenden ukrainischen Republik ausgeliefert haben. Im Laufe des furchtbaren Weltkrieges hat die polnische Nation als ihr einziges Ziel das unabhängige, geeinte Vaterland aufgestellt. Durch Ströme an Blut von Millionen polnischen Soldaten, durch die furchtbarste Verwüstung des Landes, durch Hunger und Massentod, über Berge an Opfern und Hingebung, gestützt auf das unverjährte Recht des polnischen Volkes, im festen Glauben an die Verwirklichung des Rechtes der Nation, das doch als Ziel des Krieges verkündet worden war, waren und sind wir bereit, zu diesem unserem Ziele beharrlich und unerschrocken zu schreiten. Die deutsch-ukrainische Freundschaft, die auf dem Leichnam Polens und Litauens begründet werden soll, beabsichtigt eine Saat von Haß zwischen dem polnischen und ukrainischen Volke auszustreuen, will Polen jeder nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Bedeutung berauben und aus ihm einen Hörigen des deutschen Staates, des deutschen Handels und des deutschen Gewerbes machen, einen Hörigen, der im Osten von der durch Deutschland unterstützten Ukraina bewacht werden soll. Statt der Freiheit harrt unser eine neue Sklaverei. Statt eines gerechten, auf freie, unabhängige und geeinte Nationen gestützten Friedens die Ankündigung neuer Bruderkämpfe, neuer Opfer, neuen Elends des polnischen Volkes.

Vor dem Tribunal der gesitteten Menschheit erklären wir, daß wir nicht nach fremdem Gut langen, nicht nach fremdem Boden. Aber der Boden von Chełm und Podlasie gehört seit Jahrhunderten zu Polen, beide Länder sind Polens teuerste Kinder, weil durch ihr Martyrium geheiligt. Dort starb das polnische Landvolk unter den Kugeln der Moskowiter den Heldentod für sein Vaterland und für den Glauben seiner Väter, dort leistete es heldenmütigen Widerstand der

Uebermacht, der Tücke und der Gewalt der offiziellen orthodoxen Russifikatoren. Dort bezeugten Hunderttausende mit Blut und Tränen ihre Zugehörigkeit. Vor diesem Martyrium mußte selbst die triumphierende Reaktion der zarischen Schwarzen Hundert das Haupt beugen. Jetzt soll dieses Land dem deutschen Soldaten, der deutschen Ware in ihrem Vormarsch nach dem Osten Europas, an das Schwarze Meer, an den Kaukasus als Brücke dienen, und die Polen, bar jeder eigenen Verbindung mit dem Osten, planmäßig in den tödlichen Zwist mit der Ukraina gestürzt, ausgeliefert deutscher Ausbeutung und der deutschen Unterdrückung, sollen den Boden für Preußens Vormacht düngen. Im Namen der Polen Oesterreichs erheben wir feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und nehmen den Kampf auf, um ihn zu beseitigen. In der Absicht, diesem polnischen Protest den mächtigsten Ausdruck zu verleihen, appellieren wir an das ganze polnische Volk. An das Land aber, an sämtliche Parteien und sämtliche Klassen wenden wir uns mit der Aufforderung zur Vereinigung der gesamten Kräfte der Gesellschaft."

In gemäßigtem Tone ist der Aufruf der Mitglieder des Herrenhauses gehalten, aber in demselben Geiste. Die Herrenhausmitglieder Graf Gołuchowski und Dr. Bobrzynski, ferner Graf Adam Tarnowski, hatten Gelegenheit, in Spezialaudienzen Kaiser Karl ihren Standpunkt darzulegen. Die polnischen Minister Dr. Cwiklinski (Minister für Kultus und Unterricht) und Dr. Twardowski (für Galizien), wenn auch keine Parlamentsminister, haben im Einverständnis mit dem Polenklub ihre Demission eingereicht; sie wurde aber vom Kaiser nicht genehmigt.

Die Folgen der grundsätzlichen Opposition der Polen sind unabsehbar, verhängnisvoll. Die deutsche Presse Wiens ist sich auch dessen gut bewußt; sie will nach der bekannten Methode beschwichtigen; nicht immer in glücklicher Weise. Sogar das „Fremdenblatt" bringt die historisch unrichtige Mitteilung, als ob die Polen schon einmal der Ausschaltung Chełms zugestimmt hätten, und zwar in der russischen Duma. Das ist absolut unrichtig. Die christlich-soziale „Reichspost"

unterstützt das Ukrainertum. Die „N. fr. Presse“ schreibt, es muß vermieden werden, in Oesterreich gegen die Polen zu regieren. Faktisch stehen aber die Verhältnisse so, daß auf die Dauer nicht nur gegen die Polen, sondern überhaupt in Oesterreich ohne die Polen nicht regiert werden kann. Weder im Abgeordnetenhause, noch in den Delegationen gibt es ohne die Polen eine Majorität. Das wird Graf Czernin bereits in der nächsten Zeit am eigenen Leibe erfahren. Für den weiterblickenden Politiker stellt sich die Lage und mit ihr die Zukunft Oesterreichs noch trostloser dar.

Die Erklärungen, die der Ministerpräsident Dr. v. Seidler abgegeben hat und die beruhigend wirken sollten (vergl. Bericht aus dem österreichischen Reichsrat!) haben im Polenklub niemanden befriedigt. Die Krisis dauert (25. Februar) fort.

Im Deutschen Reichstag.

Die Beratung im Reichstagsausschuss.

Berlin, 19. Februar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hielt nach Schluß der Vollsitzung eine Sitzung ab, um den Friedensvertrag mit der Ukraina zu besprechen.

Staatssekretär von Kühlmann führte u. a. aus: Bei der Feststellung der Grenzen des neuen Staatsgebiets zeigen sich Schwierigkeiten hinsichtlich des Gouvernements Chelm. Die Ukraina machte ihre Ansprüche auf dieses Gebiet mit äußerster Energie geltend, so daß die Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen bestand. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, eine Trübung des Verhältnisses zwischen den Mittelmächten anzunehmen. Die Polen haben sich nun durch die getroffene Lösung der Frage verletzt gefühlt, was vorauszusehen war. Andererseits wäre ein Scheitern der Verhandlungen mit der Ukraina nicht zu verantworten. Der österreichische Ministerpräsident v. Seidler wird heute in Wien im Reichsrat über dieselbe Frage sich eingehend äußern. Auch er wird darlegen, daß sämtliche Bestimmungen des Vertrages ein unteilbares Ganzes bilden. Die Vorräte in der Ukraina sind größer, als wir transportieren können. Ueber die Lieferungen sind genaue Vereinbarungen getroffen worden, so daß uns noch im laufenden Jahre die Vorteile des Vertrages zugute kommen werden. Ministerpräsident v. Seidler wird heute auch betonen, daß das Gouvernement Chelm nicht ohne weiteres an die Ukraina fällt, sondern daß eine gemischte Kommission unter Berücksichtigung der ethnographischen Verhältnisse und der Wünsche der Bevölkerung die Grenze festsetzen wird.

Diese gemischte Kommission wird sich aus Vertretern der vertragschließenden Mächte und Polens zusammensetzen."

Die Debatte.

Abg. Gröber (Ztr.): Die Aufregung über die Lösung der Chełmer Frage wäre vielleicht vermieden worden, wenn man polnische Vertreter zu den Verhandlungen zugezogen hätte. Warum ist das nicht geschehen? War es wirklich notwendig, den Ukrainern eine so weitgehende Konzession zu machen? Die angegebenen Gründe scheinen nicht durchschlaggebend zu sein. Die Hauptsache bei diesem Friedensvertrag ist, ob es gelungen ist, in den Ring, der uns umfaßt, eine Bresche zu schlagen. Die Befugnisse der gemischten Kommission müssen genauer umschrieben werden. Soll sie nur die Grenzlinie etwas verschieben dürfen oder hat sie Rechte über das ganze Gebiet? Im letzteren Falle müßte man den Wünschen der Bevölkerung in weiterem Maße entgegenkommen, denn hier kommen nicht nur ethnographische, sondern auch wirtschaftliche und konfessionelle Interessen in Frage.

Abg. Seyda (Pole): Wir legen energisch und feierlich Protest ein gegen die Art, wie mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes und mit dem polnischen Regentschaftsrat hierbei verfahren ist. Wenn die Mitwirkung des Regentschaftsrats bei den Verhandlungen mit Großrußland angeblich an dem Widerstand Trotzkijs gescheitert ist, warum wurde bei den Verhandlungen mit der Ukraina nichts anderes vereinbart? Das Chełmer Gebiet war seit Jahrhunderten bis zum Krieg ein integrierender Bestandteil Polens und ist überwiegend von Polen bewohnt. Auffallend ist, daß man den von Deutschland verwalteten Teil des Chełmer Gebietes nicht dem Gouvernement Warschau zugeteilt, sondern ihn als Etappe erklärt hat. Von einem ukrainischen Volksbewußtsein im Chełmer Gebiet war vor dem Krieg nichts zu bemerken. Erst seit dem April 1917 wurde unter offenbarer Förderung militärischer Stellen eine lebhafte Werbetätigkeit entfaltet, die die Bevölkerung bewegen wollte, sich ukrainisch zu fühlen. Bisher war allerdings der Erfolg negativ. Offenbar will man den polnischen Staat nach jeder Richtung beschneiden, denn man hat auch die Gebiete von Grodno und Białystok der litauischen Verwaltung unterstellt. Wir erheben Protest gegen eine Neuteilung Polens, die von allen Polen als Vergewaltigung empfunden und ewige Streitigkeiten im Gefolge haben würde. Die jetzt getroffene Regelung wird das polnische Volk unter keinen Umständen annehmen.

Abg. Naumann (Fortschr. Vp.): Wie liegen die staatsrechtlichen Verhältnisse der Ukraine? Meines Wissens liegt nur ein Entwurf dazu vor. Ob mit einer Personengruppe ein gesicherter Vertrag abgeschlossen werden kann, ist fraglich. Sollte durch die Zwei-

Kaiser-Proklamation vom November 1915 die Gestaltung Polens von dem Verhalten der Polen abhängig gemacht werden, so würde das einen schlechten Eindruck machen.

Abg. v. Trampczynski (Pole): Das Enteignungsrecht in Preußen sollte beseitigt werden. Der Entwurf liegt vor, aber er wird nicht verabschiedet. Die Sprachenfrage ist noch nicht geregelt. Die Festlegung der Grenze zwischen Polen und der Ukraina bedeutet einen Zankapfel zwischen den beiden Völkern.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.): In Ergänzung der Ausführungen meines Freundes Naumanns möchte ich kurz den grundsätzlichen Standpunkt der Fortschrittlichen Volkspartei zu dem ukrainischen Friedensvertrag darlegen. Wir stimmen mit Freude zu. Gegenüber den vielen Erörterungen über die Interessen der polnischen Bevölkerung und anderer Volksteile möchte ich doch betonen, daß in erster Linie für uns maßgebend ist das deutsche Interesse. Vom deutschen Interesse aus begrüßen wir jeden einzelnen Frieden, der diesem entsetzlichen Krieg ein Ende macht, namentlich wenn er, so wie hier, ohne gewaltsame Eingriffe auf dem Boden freier Verständigung zustande kommt. Wir begrüßen ihn auch, weil er unter Umständen die Möglichkeit bietet, unsere Ernährung zu fördern, namentlich angesichts dessen, daß nach den Versailler Beschlüssen wir genötigt sein werden, weiterhin dem Westen gegenüber im Kampf auszuharren. Endlich ist es von Bedeutung, mit einem aufstrebenden Volke von 30 Millionen die ersten Keime von freundschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbar zu legen. Wenn im Interesse des Zustandekommens des Vertrages der Ukraina nicht immer minutiös die Interessen der Polen vertreten worden sind, so gibt darauf das Verhalten der Polen in gewissem Sinne eine Erklärung. Die Herren berufen sich jetzt auf die Zwei-Kaiser-Proklamation. Als aber diese ergangen war, hat man sie keineswegs in Polen mit allgemeinem Jubel und mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Im Gegenteil, man hat die Regierung, den Staatsrat und neuerdings auch den Regentschaftsrat angefeindet als Körperschaften, die, lediglich von Deutschland eingesetzt, deutsche Interessen vertreten. Es scheint, als ob man in Polen die Versprechungen der Zweikaiserproklamation als unkündbare Hypothek aufgefaßt hat, daneben aber immer Ausschau hält, ob sich nicht durch eine andere Wendung der Dinge weitergehende polnische Wünsche verwirklichen ließen. So kann man aber im politischen Leben nicht verfahren. Man muß zugreifen und Partei ergreifen, wenn man nicht erleben will, daß man schließlich in den Hintergrund gerückt wird. Die Art, wie man sich heute auf die Zweikaiserproklamation als große Errungenschaft polnischerseits bezieht, steht auch in schneidendem Widerspruch mit dem Verhalten der Polen im preußischen Abgeordnetenhaus. Meine Partei hat sich stets

gegen alle Ausnahmebestimmungen gegenüber den Polen gewandt. Aber wir müssen offen aussprechen, daß das Verhalten der Polen im preußischen Landtag gerade nach dem weitgehenden Entgegenkommen der Zweikaiserproklamation auch bei uns die schwersten Bedenken erregt hat. Selbstverständlich hat auch Deutschland ein Interesse daran, daß nicht die Unzufriedenheit im polnischen Nachbarstaat allzuweit emporwächst. Wir glauben aber, daß durch die Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Ukraina, in denen auch über gewisse Teile des Chełmer Bezirks das Selbstbestimmungsrecht vorgesehen ist, weiter aber durch die erfreuliche Mitteilung über die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler den berechtigten polnischen Ansprüchen Rechnung getragen worden ist. Wir erklären uns auch entschieden gegen eine Abtrennung weiterer Gebietsteile Polens im Westen und deren Zuteilung zu Preußen. Einzelne Grenzberichtigungen im strategischen Interesse Deutschlands werden natürlich gebilligt werden. Wir widersetzen uns aber einer neuen Angliederung einer Bevölkerung von mehreren Millionen Polen.

Staatssekretär v. Kühlmann beantwortet zunächst die im Laufe der Beratung vorgebrachten Fragen in längeren Ausführungen: „Eine Vertretung der Polen auf den Friedensverhandlungen mit der Ukraina ist mit den Bundesgenossen eingehend erwogen worden. Daß ein Gedankenaustausch zwischen Vertretern der Ukraina und Vertretern Polens nicht hat stattfinden können, liegt im schnellen Friedensschluß. Die Delegationen haben vorausgesehen, daß die polnische Bevölkerung Bedenken gegen die Zuteilung von mit Polen durchsetzten Gebieten zur Ukraina äußern werde. Es galt aber, den Frieden zu sichern und ihn nicht wegen des Chełmer Bezirks in Frage zu stellen.“

Damit schloß die Besprechung.

Reichstags-Sitzung vom 20. Februar.

Herr Staatssekretär Dr. v. Kühlmann: Die Verhandlungen mit den Ukrainern waren nicht ganz leicht, denn wie es immer in Zeiten nationalen Aufschwunges der Fall ist, wurden auch hier territoriale Forderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Abgrenzung nach Großrußland hin einem späteren Zeitpunkt überlassen und uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat vor allem bei den Polen lebhafte Kritik erfahren. Es wäre irrtümlich, anzunehmen, daß wir in Brest uns der einschneidenden Wichtigkeit dieser Grenzregelung nicht bewußt gewesen wären. Diese Grenze ist von größtem Wert für die außenpolitischen Beziehungen Deutschlands, und sie tangiert in der Donaumonarchie neben den außenpolitischen auch folgenschwere innerpolitische Interessen. Ministerpräsident v. Seidler hat

sich hierüber gestern ausführlich geäußert. Auch ich muß sagen, daß, wenn an dieser Frage der Frieden mit der Ukraina gescheitert wäre, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten seiner Unterhändler nicht nur nicht mißverstanden, sondern auf das schärfste mißbilligt haben würde. (Sehr richtig!) Daß wir das Interesse an einer gerechten Abgrenzung des Chełmer Gebietes nach Westen hin von Anfang an nicht aus dem Auge verloren haben, ergibt sich schon daraus, daß wir die Grenzziehung im einzelnen der Regelung durch eine Kommission vorbehalten haben. Neue Verhandlungen mit der Ukraina haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Festlegung der Grenze noch abgeändert werden kann, so daß die ethnographischen Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission wird auch Polen vertreten sein, womit im Rahmen des Möglichen alles getan worden ist, um eine gerechte Abgrenzung zu erreichen. (Sehr richtig!) Der Streit um die Chełmer Grenze, der besonders infolge des polnischen Widerspruchs entstanden ist, bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersutzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen polnischen Zukunftsproblems werden. Das erscheint mir aber nicht erwünscht, denn dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein. Nächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung zum Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraina, wie glaubwürdig angenommen wird, auch jetzt noch nach so langem Kriege über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt, welche sie zum Teil abzugeben in der Lage ist.

Abg. Gröber (Ztr.): Namens meiner Partei habe ich der Freude Ausdruck zu geben, daß wir bei Beginn der Tagung dem ersten Friedensvertrag unsere Zustimmung geben können. Die Bestimmungen, wie sie der Vertrag enthält, müssen wir als zum Zustandekommen des Vertrages notwendig betrachten. Das gilt auch für die Bestimmung, daß das Gouvernement Chełm zur Ukraina gerechnet wird. Nun gibt es aber dort Bezirke, in denen 60, 70, 80, ja 85 Prozent der Bevölkerung Polen sind. Diese Bezirke hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Bezirke mit überwiegender ukrainischer Bevölkerung zur Ukraina gehören sollten. Dadurch würde man zallosen berechtigten Beschwerden der Polen entgegenkommen. In Artikel 2 des Vertrages ist denn auch vorgesehen, daß die Grenze im einzelnen nach den ethnographischen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden soll. Wenn hierzu auch Polen zugezogen würden und die Verteilung nach ethnographischen Rücksichten erfolgt, könnte den Wünschen der Polen Rechnung getragen werden. Es ist ein Fehler, daß man

nicht gleich polnische Vertreter zugezogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundsatz das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. Da ist es bedauerlich, daß man bei der ersten Gelegenheit diesen Grundsatz nicht berücksichtigt hat. Den völkischen Minderheiten muß in der Ukraina der nötige Schutz, namentlich auch die Freiheit der Religionsübung gewährt werden. Es ist ja bekannt, daß im Gouvernement Chełm der Katholizismus von der zaristischen Regierung unterdrückt worden ist.

Abg. Dr. David (Soz.): In der Kritik des Vertrages mit der Ukraina schließe ich mich den Bemerkungen des Abg. Gröber über das Chełmer Gebiet vollkommen an. Die ganze deutsch-polnische Verständigungspolitik scheint zusammenzubrechen. Das muß verhütet werden. Nach einer Notiz der „Deutschen Tageszeitung" scheint es, als ob die Oberste Heeresleitung hinter den annexionistischen Plänen der Alldeutschen in bezug auf Polen steht. Hier liegt die Quelle der Zwiespältigkeit unserer ganzen Ostpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozd.) Das Wesen der Militärpolitik ist eingestellt auf Gewalt; bei ihren Mitteln und Zielen befindet sie sich in schroffem Gegensatz zu jeder Politik der Verständigung. Sie kümmert sich nicht darum, wie die Betroffenen über ihre Maßnahmen denken. Nach dem Grundsatz „Teile und Herrsche" bringt sie einen gegen den andern auf; dazu ist im Osten natürlich die beste Gelegenheit. Man scheint einen neuen Balkan im großen dort schaffen zu wollen. Im Gegensatz dazu wünschen wir geregelte Verhältnisse im Osten, mit denen sich jeder Teil zufrieden geben kann. Dann können natürlich nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden. (Sehr wahr! bei den Sozd.) Man kann die Ostfragen nicht mit ostelbischen Mitteln und Methoden lösen. (Sehr gut! bei den Sozd.) Hier ist eine neue Zeit und sind neue Verhältnisse gekommen, die nur durch demokratische Politik gemeistert werden können; nicht durch einseitige Gewaltanwendung in einem „so will ich's, so befehl ich's", sondern durch Inbetrachtziehung aller Interessen können auf dem Wege vernünftigen Ausgleichs Zustände geschaffen werden, bei denen alle Beteiligten sich dauernd zufrieden geben. Nur so ist das große Kriegsziel im Osten zu erreichen: eine dauernde Befriedigung dieser gewaltigen Gebiete und Völkermassen, eine dauernde politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Mittel- und Osteuropa. Damit würde auch die Position geschaffen, die uns jede Sicherheit nach Westen gewährt für den Fall, daß England den Krieg fortsetzt oder nach dem Krieg in feindseliger Haltung gegen uns verharrte. Dieses Kriegsziel ist das einzige, das im deutschen Interesse liegt und überragt weit alle Einzelfragen. (Lebhafter Beifall bei den Sozd.)

Abg. Dr. Seyda (Pole): Gerade vom Zentrum hätte ich nicht erwartet, daß es diesem Friedensvertrag zustimmen wird, der den Grundsatz „keine Annexionen" auf das schwerste verletzt und eine

vierte Teilung Polens darstellt. Die Zensur gestattet freilich nicht mitzuteilen, daß in Krakau und Lemberg bereits Blut geflossen ist wegen dieses Friedensvertrages. Der Redner verliest nun das von der Zensur unterdrückte Manifest des polnischen Regentschaftsrats an das Volk, worin gesagt wird, daß die Versprechungen der Zentralmächte sich als leere Worte erwiesen hätten und die neue Teilung als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt wird. Der Redner bespricht eingehend die Chełmfrage und erklärt, daß dieses Gebiet nach Recht, Gerechtigkeit und Bevölkerung zu Polen gehöre. Die Okkupationsbehörden haben dort eine systematische ukrainische Prapaganda durch galizische Ukrainer geduldet, man versprach den Leuten sogar Aufteilung des Herrenlandes, wenn sie sich als Ukrainer bekennen würden. (Pfui! bei den Polen.) Wir bitten Sie, diesem Friedensvertrag nicht zuzustimmen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Was denken Sie denn von uns? — Beifall bei den Polen.)

Abg. Dove (Vp.): Diesem Wunsche werden wir nicht Folge leisten, denn wir sind uns bewußt, hier in der deutschen Volksvertretung zu sein. (Beifall.) Den bolschewistischen Funkspruch betrachten wir nicht so optimistisch wie Dr. David, denn wir wissen nicht, welche Macht hinter Trotzkij und Radek steht. Aber hoffen wir das beste und freuen wir uns, wenn aus der Verwüstung einzelne Inseln auftauchen, aus denen künftig Staatsgebilde werden können. Die Polen sollten nicht vergessen, daß die Zentralmächte erst den Grund zu ihrer Staatlichkeit gelegt haben. Für uns muß das Interesse des deutschen Nationalstaates maßgebend sein, wir können keine weitere fremdnationale Belastung brauchen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir legen entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß etwa unter dem militärischen Gesichtspunkt solche Annexionen erfolgen.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Wenn die Polen von einer vierten Teilung sprechen, so ist das übertrieben. In Oesterreich wäre ein Minister gesteinigt worden, der die Friedensmöglichkeit mit einem 30-Millionen-Volk daran hätte scheitern lassen, daß das Gouvernement Chełm bei Polen bleiben müsse. Was hat man denn polnischerseits getan, um sich ein Anrecht auf die deutsche Sympathie zu sichern? (Stürmische Zustimmung.) Der österreichische Polenklub verlangt die Loslösung deutscher Gebiete — ich habe keinen parlamentarischen Ausdruck dafür. (Erneute Zustimmung.) Jetzt heißt es, daß die polnischen Legionäre mit den Maximalisten unterhandeln; so weit geht unsere Geduld nicht, daß, wenn die Polen keine Armee für Deutschland gehabt haben, sie nun etwa eine gegen uns aufstellen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Wir haben kein völkisches Interesse an einer Vermehrung polnischen Landes in Deutschland; sollte das als strategische Grenzsicherung notwendig sein, so nehmen

wir es hin, aber nicht, um Land zu gewinnen. (Lebhaftes Bravo! im Hause und Händeklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Graf Westarp (k.): Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag. Die Ausführungen des Abg. Seyda enthielten ungeheure Uebertreibungen. Das ganze Vorgehen der Polen beweist einen großen Mangel an politischer Reife. (Sehr richtig! rechts, Unruhe bei den Polen.) Ohne die Abtrennung des Chełmer Gebiets war der Friede mit der Ukraina nicht zu haben. Daher ist es mir unverständlich, warum gerade die Sozialdemokraten, die am entschiedensten den Frieden verlangten, jetzt so die polnischen Wünsche vertreten.

Abg. v. Halem (D. Fr.) begrüßt den Ukrainavertrag und wendet sich insbesondere gegen die polnischen Ansprüche.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.): Ein Zeichen, wie der Wind weht, war die Art, wie Herr v. Kühlmann mit einem Stimmenaufwand, um den ich ihn beneiden könnte (Heiterkeit), gegen die Polen losdonnerte. Die Haltung in der Chełmer Frage ist wieder einmal eine der Unbegreiflichkeiten der deutschen Diplomatie, die sich so oft in diesem Kriege als unzulänglich erwiesen hat. Um etwas Getreide aus der Ukraina zu erhalten, stößt man 20 Millionen Polen vor den Kopf. Ich habe innerlich die Hände gerungen (Heiterkeit), als ich gestern hörte, daß wirklich Erwägungen über eine Annexion polnischen Gebietes aus strategischen Rücksichten bestehen. Wir erwarten, daß der Reichstag einmütig eine solche Annexion ablehnt. Erst wenn das Proletariat seine Macht in die Wagschale wirft, wird ein wirklicher Verständigungsfrieden möglich. (Lebhafter Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Sie werden es Ihrem Alterspräsidenten verzeihen, wenn er weiter zurückgreift. Fürst Bismarck hat die antipolnische Politik in Preußen nach dem Kulturkampf eingeleitet. Wir hoffen und glauben, daß unser gutes nationales Recht uns werden wird und daß wir im alleuropäischen Verständigungsfrieden auch unsere staatliche Selbständigkeit wieder erlangen werden. Auch die Polen haben ihr Blut in allen Kriegen für Deutschland vergossen, aber Dank haben sie nicht erhalten, sie haben es vergossen auch für Polen, denn ein ehrenhafter Soldat kämpft für sein Volk, nicht für ein fremdes. Der Ukrainafrieden hat mit einem Schlage das ganze polnische Volk geeinigt. Dem polnischen Volk ist nie Wort gehalten worden. Der ganze Zorn der Nation mußte explodieren, als auch die letzten Zusagen nicht eingehalten wurden.

Im Hauptausschuss.

21. Februar.

Der Hauptausschuß des Reichstags trat am Donnerstag in die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen ein, die mit dem Friedensschluß verknüpft sind.

General F r i e d r i c h erklärt, daß auf Wunsch der Obersten Heeresleitung ein paar Dutzend ukrainische Kriegsgefangene in die besetzten Gebiete geschickt wurden, um dort die Bevölkerung über Deutschland aufzuklären. Antipolnische Agitation ist nicht getrieben worden. Landesverrat könne darin nicht erblickt werden. Die 50 000 ukrainischen Kriegsgefangenen sind in Deutschland im Lesen und Schreiben unterrichtet worden, sie werden in ihrer Heimat die Wahrheit über Deutschland verbreiten.

Abg. E r z b e r g e r (Ztr.) hält dieses Vorgehen für sehr dankenswert, damit liefere man der Ukraina Leute, die sich für die Verwaltung sehr nützlich erweisen werden.

Abg. v. T r a m p c z y n s k i (Pole) erklärt, daß er seine Vorwürfe aufrechterhalte. Im Gouvernement Chełm sei von diesen Gefangenen, die in phantastischen Uniformen durch das Land zogen, antipolnische Agitation getrieben werden.

Geheimrat P e n c k, der bekannte Geograph der Berliner Universität, hält dann einen Vortrag über die geschichtlichen Grenzen der Ukraina. An der Hand eines Kartenwerkes zeigte er die Grenzen der Sprachgebiete, die vielfach in Form von Halbinseln ineinander eingreifen. Zum Teil wurden aus dieseh Halbinseln Inseln, die dann dem Sprachgebiet vorgelagert sind. Die jetzt gezogene Grenze ist eine Vereinbarungsgrenze. Das Chełmer Land ist unstreitig ukrainisch, das ergibt sich schon daraus, daß die Bevölkerung nur zum kleineren Teil polnisch ist.

Abg. T r ą m p c z y n s k i (Pole) bestreitet die Richtigkeit dieser kartographischen Darstellung unter Berufung auf einen ukrainischen Autoren. Die Entscheidung muß der Bevölkerung selbst überlassen werden.

Abg. S e y d a (Pole) bedauert, daß dieser Vortrag nicht eher angekündigt wurde. Geheimrat Penck sei ein bekannter alldeutscher Agitator, dessen Unparteilichkeit also sehr zweifelhaft sei. Die Abreißung des Chełmer Gebietes bedeute eine krasse Vergewaltigung, um so mehr, als die ukrainische Bevölkerung dieses Gebiet zum großen Teil verlassen hat.

Abg. E r z b e r g e r (Ztr.) zählt einige Bezirke auf, die eine überwiegend polnische Bevölkerung haben, deren Lage Professor Penck auf der Karte zeigt. Wenn man diese Prinzipien auf Kurland anwende, dann sei Kurland kein vorwiegend deutsches, sondern ein lettisches Land. Hoffentlich finde die gemischte Kommission einen befriedigenden Ausweg.

Abg. G o t h e i n (Vp.) bedauert, daß die Frage des Schutzes der nationalen Minderheiten in dem Vertrag überhaupt nicht berücksichtigt worden ist.

Geheimrat P e n c k verteidigt seine Stellungnahme. Die ethnographische Karte von 1876 sei nicht sein Werk, er habe sie nur

vorgelegt. Das statistische Material ist sehr lückenhaft und auf seine Richtigkeit nicht zu kontrollieren. Der Bevölkerungszuwachs ist ohne Zweifel willkürlich verteilt worden.

Bei der Abstimmung wird der Friedensvertrag gegen die Stimmen der Abgg. Ledebour und Brandes angenommen. Die Polen hatten sich vor der Abstimmung aus dem Saale entfernt.

Reichstagssitzung vom 22. Februar.

Dritte Lesung der Verträge.

Abg. Scheidemann (Soz.): Die Sozialdemokratie hat bereits in der ersten Lesung des Friedensvertrages mit der Ukraina hervorheben lassen, wie groß ihre Bedenken gegen die Festsetzung der Grenze zwischen Polen und der Ukraina sind. Diese Bedenken sind nicht vollkommen beseitigt worden durch die Mitteilung des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann über die Wiener Kommission, die unter Teilnahme österreichisch-ungarischer, ukrainischer und polnischer Vertreter die Grenze endgültig bestimmen soll. Trotzdem wird die sozialdemokratische Fraktion dem Friedensvertrag zustimmen in der Gewißheit, daß jeder Friedensabschluß den Willen der Völker zum allgemeinen Frieden und den Einfluß aller zu einem Verständigungsfrieden Bereiten stärken, dagegen die Position der Kriegstreiber in allen Ländern mehr und mehr erschüttern muß.

Abg. Fischbeck (Vp.): Wir stimmen den Verträgen zu und danken den Herren, denen es gelungen ist, aus dem Chaos von Brest-Litowsk doch schließlich diesen Friedensvertrag mitzubringen.

Abg. Stychel (Pole): Bei der einseitigen Informierung der deutschen Presse können wir Polen auf ein Verständnis unserer Lage nicht rechnen. In diesem Moment erzittert die polnische Nation von oben bis unten von Schmerz und Entrüstung. Die uns gegebenen Versprechungen, auch königliche Versprechungen, sind uns gegenüber nicht gehalten worden. Man gibt zu, den Polen geschieht im Vertrage unrecht, aber höhere Interessen verlangen die Ratifizierung des Vertrages. Ich meine, das höchste Interesse ist die Wahrung von Freiheit und Recht. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die Tragik der Polen war die größte in diesem Kriege, denn ihre Söhne waren durch die Dreiteilung Polens gezwungen, Landsmann gegen Landsmann zu kämpfen. Da ist es ein brutales Verlangen, die Polen sollten noch über die Dienstpflicht hinaus freiwillig ein Heer aufstellen. Das polnische Volk und polnische Land hat man in Brest-Litowsk als Handelsobjekt mißachtet. Und da spricht man von freier Selbstbestimmung der Völker. Man sollte doch offen bekennen: wenn man sich schwach fühlt, spricht man von Freiheit und Gerechtigkeit, wenn man sich stark fühlt, pfeift man darauf. (Sehr wahr! bei den Polen.) Die ganze Welt lechzt nach

Frieden, und hier geht man offen darauf aus, neue Reibungsflächen zwischen Polen und Ukrainern zu schaffen. (Sehr wahr! bei den Polen.) Der Abg. Bacmeister hat das in einer Versammlung der Vaterlandspartei ausdrücklich begrüßt. (Hört! Hört! bei den Polen.) Das spricht für die Gesinnung, die dahinter steckt. (Sehr wahr! bei den Polen.) Auch an der Westgrenze Polens werden neue Annexionen erwogen. Man unterschätze nicht die Erregung der Polen. Wir legen feierlich vor Gott, vor dem Tribunal der Geschichte und vor der zivilisierten Welt Protest ein gegen diesen neuen Gewaltakt, die neue Teilung Polens. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Abg. Graf Westarp (k.) begrüßt den Vertrag und weist die Ausführungen des Vorredners als Uebertreibungen zurück.

Abg. Fehrenbach (Z.) begrüßt den Frieden als die Grundlage künftiger Friedensschlüsse, und polemisiert unter größter Unruhe der Polen gegen den Abg. Stychel. Der Vertreter der polnischen Fraktion hat sich in den schärfsten Angriffen gegen das deutsche Volk ergehen dürfen, ohne gehindert zu werden. Ich möchte die Gegenfrage stellen, würde ein Vertreter der litauischen Nation und ein Vertreter des ruthenischen Volkes, wenn sie das Unglück haben sollten, zu Polen zu kommen, in Warschau ebensolche Reden halten können? (Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei den Polen: Die haben auch keinen Grund dazu.) Was, die haben keinen Grund dazu? Die Polen haben Todfeinde, dazu gehören die Deutschen nicht. Wir haben Jahrhunderte hindurch Freundschaft für die Polen gehegt, aber die Polen haben zwei Todfeinde: die Litauer und die Ruthenen. (Unruhe bei den Polen.) Warum sind das ihre Todfeinde? Weil sie auf das schwerste unter der Behandlung der Polen gelitten haben, als diese Völker unter polnischer Herrschaft standen. (Zurufe bei den Polen: Geschichtsfälschung.) Ich lasse mich in dieser Geschichtskenntnis nicht durch die Polen unterrichten, sondern durch die Litauer und die Ruthenen. Und die Litauer und die Ruthenen werden Wort für Wort bestätigen, was ich gesagt habe. Ich kann mich in die Seele der Polen versetzen, aber können Sie uns denn zumuten, daß wir Teile unseres preußischen Königreiches an Polen abgeben, von dessen Freundschaft wir bis jetzt noch kein Anzeichen gemerkt haben? Wir müßten Polen sein, wenn wir es über uns brächten, ein deutsches Land an feindliche Mächte auszuliefern. (Lebhafte Zustimmung.) Wir erkennen die Tapferkeit und Treue der polnischen Soldaten an. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben die Grundlage zu dem Königreich Polen gelegt. Aber in Polen selber ist es niemand eingefallen, eine wirkliche Armee aufzustellen. Es sind gewisse Ungerechtigkeiten gegen die Polen erfolgt, aber die Lust zur Besserung wird nicht durch ihr Verhalten gestärkt. Wer von

uns Gerechtigkeit verlangt, muß auch Vertrauen zu uns haben. Ueber das Chełmer Land sind uns durchaus objektive Mitteilungen gemacht worden. Es steht einwandfrei fest, daß unsere Unterhändler einen gerechten Ausgleich versucht haben. Die Polen behaupten, es sei hier die Absicht gewesen, Reibungsflächen zu schaffen. Das ist eine Wahnidee trotz des Zitats des konservativen Abgeordneten Bacmeister. (Zurufe bei den Konservativen: Der ist nationalliberal und nicht konservativ. Lebhafte Zurufe und Gesten bei der nationalliberalen Fraktion zu den Konservativen: Den schenken wir Ihnen!, was große Heiterkeit hervorruft.) Also geben wir den Herrn Bacmeister preis. Fest steht, daß wir an dem Chełmer Land nicht den Frieden zum Schaden des deutschen Volkes scheitern lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Leicht erregbare Naturen kühlen sich auch leicht wieder ab, und ich habe die Hoffnung, daß das auch bei den Polen der Fall sein wird. Wir hatten den ehrlichen Willen, in alter Freundschaft mit den Polen zusammenzuleben, mit all den Randvölkern im Osten. Aber wir müssen auch Gegenseitigkeit beanspruchen. Für unsere deutschen Angehörigen werden wir alles tun in der Ukraina, aber man kann uns nicht zumuten, daß wir auch noch für unsere Feinde und für solche, die heute noch nicht wissen, ob sie es nicht werden wollen, die Kastanien aus dem Feuer holen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.)

Abg. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Ich habe zu erklären, daß wir den Friedensvertrag ablehnen. (Zurufe: Also das sind die wahren Friedensfreunde.) Wir stimmen dem Vertrag nicht zu, weil er ein Volk gegen das andere ausspielt, das russische gegen das ukrainische zum Zwecke einer Entfremdung. Wir schaffen durch die deutsche Ostpolitik einen neuen Brandherd wie auf dem Balkan. Der Vertrag ist auch kein Friedensvertrag, sondern ein Instrument zu neuer verschärfter Kriegführung. Die Polen haben Grund zur Klage, wenn man an die Denkschrift der Oppelner Handelskammer denkt, in der eine Angliederung Polens an Deutschland verlangt wird. Auf jeden Fall wird die austro-polnische Lösung in dieser Denkschrift abgelehnt. Die Handelskammer war mit der Rückgabe an Rußland einverstanden, verlangte aber dann strategische Grenzsicherungen. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er den Tag herbeisehne, an dem die Völker ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Abg. Stresemann (nl.) polemisiert gegen den Abg. Stychel, der heute als ein Priester des Hasses gesprochen habe. Der Vertrag sei in der Tat der erste Schritt zum allgemeinen Frieden.

Abg. Stychel (Pole): Ich habe hier für mein schwerbedrücktes Vaterland gesprochen. (Vizepräsident Paasche: Sie sprechen hier als deutscher Reichstagsabgeordneter.) Sachlich werden wir beim Etat antworten. (Bravo! bei den Polen.)

Der Friedensvertrag wird hierauf angenommen. Beide Verträge darauf in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Polen und Unabhängigen Sozialdemokraten.

Im Oesterreichischen Reichsrat.

Wien, 19. Februar.

Schon während der Verlesung des Einlaufes kam es zu einer Demonstration der Polen, Czechen und Südslawen. Als der Präsident die Antwort des Kaisers auf das anläßlich des Friedensschlusses mit der Ukraina abgeschickte Glückwunschtelegramm verlas, verließen die Polen, mit Dr. Glombinski an der Spitze, den Sitzungssaal. Ihnen folgten die Czechen und Südslawen, während die Ukrainer und die deutschen Parteien die Verlesung mit vielem Beifall aufnahmen. Die Abgeordneten hatten sich schon am Beginn der Sitzung dicht um die Ministerbank gruppiert. Als der Ministerpräsident das Wort ergriff, entstand auf der rechten Seite des Hauses Unruhe, die sich immer mehr steigerte und zu lärmenden Zwischenrufen führte, als der Ministerpräsident auf die Einzelheiten des ukrainischen Friedensvertrages und die gestern mit dem Vertreter der Rada vereinbarte Ergänzung zu sprechen kam. Von czechischer Seite wurde in lärmenden Zwischenrufen gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten Stellung genommen. Der Lärm steigerte sich stellenweise derart, daß der Ministerpräsident auch den zünächst stehenden Abgeordneten nicht verständlich war und mehrmals seine Rede unterbrechen mußte. Auf deutscher Seite wurden die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit lautem Händeklatschen und Bravorufen aufgenommen, und auch die Ukrainer beteiligten sich lebhaft an den Beifallskundgebungen.

Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler.

Hohes Haus! Bei dem Friedensschlusse mit der Ukraina sind zwei Momente von ganz besonderer Bedeutung:

Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß laut Artikel IX des Friedensvertrages sämtliche Bestimmungen desselben ein unteilbares Ganzes bilden. Was in diesem Vertrag der eine Teil an Zugeständnissen gemacht hat, hängt somit davon ab, daß auch der andere Teil seine Verpflichtungen erfülle. Die Verpflichtung, welche die ukrainische Volksrepublik übernommen hat, besteht nun vor allem darin, daß sie uns ihre Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Produkten zur Verfügung stellt. Der andere wichtige Punkt des Vertrages ist die Chelmer Klausel. (Hört! Hört!-Rufe. Zwischenrufe.) Von dem Vertreter der ukrainischen Rada und der k. u. k. Regierung wurde gestern eine interpretierende Erklärung zum Friedensvertrage unterfertigt (Hört! Hört!), wonach das Chelmer Gounement nicht an die ukrainische Republik fällt, sondern über deren Los seinerzeit durch eine gemischte Kommission nach ethnogra-

phischen Grundsätzen (lebhafte Zwischenrufe bei den Polen) und nach Anhörung der Wünsche der Bevölkerung bestimmt werden soll. (Lebhafter Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.)

Der diesbezügliche Passus lautet: „Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels II des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der ukrainischen Volksrepublik anderseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Alinea dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist (lebhafte Hört! Hört!-Rufe), die Grenzlinie durch die Orte Biłgoraj-Szczebrzszyn-Krasnostaw-Pugaszow-Radin-Meshiretschie-Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels II, Punkt 2, dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie (lebhafte Rufe Hört! Hört!) Biłgoraj-Szczebrzszyn-Krasnostaw-Pugaszow-Radin-Meshiretschie - Sarnaki zu führen. (Beifall. Zwischenrufe.)

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und wird jede dieser Parteien eine gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden. Die vertragschließenden Teile werden einverständlich beschließen, in welchem Zeitpunkte diese Kommission zusammentreten wird.

Eine andere Lösung der national umstrittenen Chelmer Frage war nicht möglich, ohne den Frieden zu verderben. (Zustimmung.) Rußland hat für seine Gebiete das bis zur völligen Lostrennung gehende Selbstbestimmungsrecht der Völker dekretiert (Zwischenrufe), wir haben diesen Standpunkt für die besetzten Gebiete angenommen, und alle Verhandlungen von Brest-Litowsk wurden auf dieser Basis geführt. Wir haben das Selbstbestimmungsrecht der Völker von Litauen, Kurland und Polen anerkannt (Zustimmung), und kein logischer oder unmoralischer Grund ist auffindbar, welcher den Ukrainern ein Recht nehmen soll, welches den anderen Völkern Rußlands gewährt wurde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die Herren vom Polenklub können nicht leugnen, daß ein großer Teil des Chełmer Gouvernements stark mit ukrainischer Bevölkerung durchsetzt ist (Beifall) und daß auch diese Nation das Recht hat, gehört zu werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich gehe weiter. Die erste Pflicht der k. u. k. Regierung war es, den Frieden zu erreichen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Das, was in Brest geschaffen wurde, ist ein Friede für das Volk (lebhafter Beifall und Händeklatschen), und niemals hätten es die Völker Oesterreich-Ungarns verstanden, wenn wir diesen Frieden zerschlagen, wenn wir die Möglichkeit, Getreide zu erhalten, ab-

gelehnt hätten (lebhafter Beifall und Händeklatschen) nur deshalb, damit das Gouvernement Chełm in ganzer Ausdehnung und bedingungslos an Polen falle. (Beifall. Zwischenrufe bei den Polen.) Die Regierung tritt vor dieses Haus, sie tritt vor die gesamte Oeffentlichkeit mit der Frage, welches die Antwort gewesen wäre, wenn der Minister des Aeußern zurückgekommen wäre und erklärt hätte, er habe den Frieden zerschlagen und verdorben (stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen), weil er dem ukrainischen Teile der Bevölkerung des Chełmer Gouvernements nicht das Recht habe geben wollen, ebenso gehört zu werden wie der polnische. (Zwischenrufe.)

Auch der Präsident der Vereinigten Staaten (Hört! Hört!-Rufe) hat in seinem öffentlichen Gedankenaustausch mit uns den Satz geprägt, „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in die andere herumgeschoben werden sollten, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte", daß also Veränderungen nicht ohne Zustimmung der Völker vorgenommen werden sollen. (Zwischenrufe.) Die Ukrainer haben das gleiche Recht, wie andere Völker mitzusprechen, wenn eine Veränderung ihrer stattlichen Zugehörigkeit vor sich geht. (Zustimmung.) Hätten wir gehandelt, wie die Herren vom Polenklub es heute verlangen, so hätten wir nicht nur den ukrainischen Frieden zerschlagen, wir hätten auch die zarten Fäden zerrissen, die vielleicht zum allgemeinen Frieden führen können (lebhafter Beifall und Händeklatschen), und die Stimmen, die sich zur Verteidigung einer solchen Regierung erhoben hätten, wären — wenn sich überhaupt welche erhoben hätten — verschwunden unter dem brausenden Orkan der Empörung aller österreichischen Völker. (Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen und Zwischenrufe bei den Polen.)

Angesichts dieser Erwägungen muß ich auch gewisse Insinuationen, die bezüglich der erörterten Frage über das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland laut geworden sind, mit allem Nachdruck ablehnen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Sitzung vom 26. Februar.

Abg. Freiherr v. Goetz gibt im Auftrage des Polenklubs folgende Erklärung ab:

In dem am 9. Februar in Brest-Litowsk zwischen den Mittelmächten und der ukrainischen Republik abgeschlossenen Friedensvertrage wurde ein großer Teil polnischen Landes, das einen Bestandteil des Königreiches Polen und Litauen bildet, der ukrainischen Republik zugesprochen. Zugleich hatte man in hinterlistiger Weise und unter eitlen Vorwänden die Vertreter des polnischen Volkes zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht zugelassen.

Das durch den Brester Vertrag von der Ukraina annektierte polnische Gebiet gehört seit Jahrhunderten ununterbrochen zu Polen. Als nach Polens Teilung der Wiener Kongreß von 1815 aus den verstümmelten Resten der Republik Kongreßpolen schuf, da umfaßte selbst dieser Rumpfstaat noch immer die Gebiete von Chelm und Podlasie bis an den Bugfluß.

Im Kampfe gegen den Zarismus und die starre Orthodoxie wurde dieses weitaus überwiegend polnische Land das teuerste, weil von Qualen des Martyriums geheiligte Gebiet der Nation. Dort fielen unter russischen Kugeln die Bauern im Kampfe für Polen und für den Glauben der Väter, dort trotzten sie heldenhaft der Heimtücke und Uebermacht der amtlichen orthodoxen Russifikation, dort zeugten Hunderttausende mit ihrem Blute und ihren Tränen für die Zugehörigkeit zu Polen. Sogar die siegreiche russisch-nationalistische Reaktion mußte vor der sittlichen Größe dieses Widerstandes haltmachen — und wagte nicht, das neugeschaffene Verwaltungsgebiet aus dem Grenzbereiche des Königreiches Polen auszuscheiden.

Den Vertretern der Mittelmächte war es vorbehalten, im Friedensvertrage von Brest ein Gebiet von über zehntausend Quadratkilometer Bodens mit Millionen polnischer Bevölkerung von Polen abzutrennen, weit mehr sogar als die reaktionäre russische Regierung es gewagt hatte!

Der Polenklub wünscht der jungen ukrainischen Republik aus vollem Herzen eine große Zukunft (Beifall bei den Polen) und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zwischen der ukrainischen Volksrepublik und dem polnischen Staate an den Grenzen sich etwa ergebenden nationalen Streitfragen ohne Beteiligung dritter im gegenseitigen Einverständnisse von Volk zu Volk ausgeglichen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Aber der aus dem Geiste des deutschen Militarismus und der ohnmächtigen Falschheit der alt-österreichischen Diplomatie geborene Vertrag von Brest-Litowsk will die junge ukrainische Republik durch das gemeinsam am polnischen Volke begangene Verbrechen an die Mittelmächte willenlos anschmieden und zwischen Polen und Ukrainern eine ständige Quelle brudermörderischen Kampfes schaffen.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft des Deutschen Reiches mit der Ukraina über das Gebiet des vergewaltigten Litauen hin, soll künftig Polen national verstümmelt, staats- und handelspolitisch erdrosselt, zum willigen Werkzeug des Deutschen Reiches werden. (Sehr richtig! bei den Polen.) So werden die Grundsätze eines annexionslosen, auf dem Selbstbestimmungsrechte der Völker gestützten Friedens durch die beiden Mittelmächte mit Füßen getreten. So wird durch diesen, dem polnischen Volke gegenüber feindlichen Akt Oesterreichs die bisherige polnische Politik im Staate unmöglich gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Im vierten Jahre des Krieges, nachdem Millionen polnischer Soldaten unter den Fahnen der beiden Mittelmächte auf allen Schlachtfeldern geblutet, die polnischen Volksmassen im Hinterlande ihre Habe, ihr Brot und ihre Kinder ausgeliefert hatten, kündet der erste Friedensvertrag ihnen neue Kriege, neues Elend und neue Entsagungen an. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Er soll zu einem Triumphe des deutschen Imperialismus und zu einer fürchterlichen Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes des polnischen Volkes werden.

Vor der gesamten gesitteten Menschheit erheben wir gegen diesen geplanten Raub polnischen Bodens feierlichen Protest. Die pflichtgemäße Rücksicht auf die anerkannte Souveränität der wiedererstandenen polnischen Staatlichkeit gebietet, daß über das zu Polen gehörende Land nur der polnische Staat zu verfügen das Recht hat.

Im Bewußtsein unserer unverjährten nationalen Rechte werden wir auf unser Land und auf unser Recht, einen alle polnischen Gebiete einigenden unabhängigen Staat zu bilden, nie und nimmer verzichten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen. Redner wird beglückwünscht.)

Abg. Dr. Konstantin L e w i c k i (Ukrainer) führt aus: In seiner heutigen Rede machte der Obmann des Polenklubs dem ukrainischen Staate eine Verbeugung, indem er im Namen der polnischen parlamentarischen Vertretung die ukrainische Volksrepublik mit dem Beifügen beglückwünschte, daß die Polen mit diesem Staate gern in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten wünschen. Wir nehmen diese Erklärung, obgleich sie an die Adresse der ukrainischen Volksrepublik gerichtet ist, als den ersten freundschaftlichen Akt des polnischen Volkes zur Kenntnis. (Beifall.) Wir können aber nicht außer acht lassen, was gegen uns Ukrainer in dieser Monarchie, im Lande Galizien, seitens der polnischen Organisationen und der ganzen polnischen Verwaltung unternommen wird. (Zustimmung bei den Ukrainern.) Betreffes des Friedensschlusses stehen wir unverrückt auf dem Standpunkt des Friedensvertrages vom 9. Februar d. J. Dieser Vertrag kann nicht mehr abgeändert und muß unbedingt durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Wir verwahren uns ferner gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ukrainischen Volksrepublik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern.) Sie hat genug Kraft, um selbständig regieren zu können. (Zwischenrufe bei den Polen, Gegenrufe bei den Ukrainern.) Das Gouvernement Chełm sei eine der ältesten historischen Landschaften der Ukraina. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ukrainern, Gelächter bei den Polen.) Es ist ein Gebiet, das nach der russischen Volkszählung vom Jahre 1910 60 Prozent Ukrainer hatte (lebhafte

Zwischenrufe bei den Polen), 20 Prozent Polen, 14 Prozent Juden, das übrige Deutsche und Russen.

Abg. Dr. Waldner (deutschnational) gibt eine Vertrauenskundgebung des Deutschen Nationalverbandes für den Grafen Czernin ab.

Abg. Daszynski (polnischer Sozialdemokrat) erklärt, der Abschluß der Verhandlungen in Brest habe der ganzen Welt die Unmöglichkeit der Schließung eines wirklichen Friedens zwischen einem imperialistischen Militarismus und einer sozialistischen revolutionären Strömung dargetan. Umsonst habe Trotzkij den Geist der deutschen Revolution angerufen; statt der revolutionären Bataillone seien die Soldaten Linsingens erschienen. Der Frieden zwischen der Ukraina und der deutschen Diplomatie ist einseitig gemacht. Die Ukraina und ihre staatlichen Waffen waren zu schwach, als daß man sagen könnte, die Ukraina wäre in Brest vollwertig gewesen. Sevrjuk, der sich heute für einen wichtigen Mann hält, war vor dem Dezember noch niemand, und er ist jetzt durch die Macht der deutschen Soldaten und Diplomaten etwas geworden.

Abg. Zahajkiewicz: Das ist nicht wahr, durch sein Volk, durch den Volkswillen! (Zwischenrufe.)

Abg. Daszynski warnt beide Völker davor, dieser Methode der Völkerverhetzung, des Völkerhasses, ein Wort zu reden. Die Methode des divide et impera war seit jeher die Methode der Herrschenden, damit die Beherrschten nicht einig werden. Redner führt in seinen weiteren Ausführungen Klage darüber, daß man in Brest nicht Vertreter Polens zugelassen habe. Man hat die polnische Stimme erstickt, weder Polen noch Litauer sind dort erschienen und hatten nicht die Möglichkeit, ihr Recht dort zu verteidigen. (Beifall bei den Polen. Zwischenrufe und Widerspruch bei den Ukrainern.) Der Unverstand Berlins habe die Entsendung polnischer Vertreter unmöglich gemacht. Auch kein Litauer war anwesend. Das sei eine herausfordernde Geringschätzung der primitivsten Volksrechte. Wollen die Ruthenen als Emporkömmlinge . . . (lebhafte Oho-Rufe bei den Ukrainern) . . . alles vergessen, was sie gestern gesagt haben, wollen sie plötzlich die beati possidentes spielen? Dieser Sieg — mag es vorläufig ein restloser Sieg sein — des deutschen Militarismus über den russischen Militarismus ist bis zum letzten Augenblick erhalten worden. Sein Triumph ist es, seine Interessen und seine Mithoden sind es, die in Brest-Litowsk gefeiert wurden. (Zwischenrufe bei den Ukrainern.) Es ist kein allgemeiner Friede, kein Friede, aus dem solche Keime entsprießen könnten, daß die übrigen feindlichen Mächte dem Frieden beitreten könnten. Es ist auch kein Friede mit ganz Rußland, und wenn Trotzkij unter der Einwirkung der Einnahme von Dünaburg

und Luck durch einen Funkspruch erklärte, die russischen Maximalisten nehmen die Friedensbedingungen der deutschen Diplomatie an, so sind wir nicht so mit Blindheit geschlagen, daß wir uns sagen könnten, daß der Friede wirklich den Abschluß des großen Weltkrieges bedeute. Es ist auch kein Friede mit den Polen, Litauern, Letten und Esten. Es ist nur ein Friede mit der Ukraina, und dieser Friede hat den Kampf zwischen Polen und Ukrainern noch mehr geschürt, hat den Haß vermehrt. (Beifall bei den Polen.) Es ist merkwürdig, wenn der deutsche Imperialismus das Selbstbestimmungrecht der Völker im Munde führt. Die Anwendung zeugt die Heuchelei und Unwahrheit der verfälschten Losung. Vom Grafen Czernin hat man unzählige Male gehört, daß er das Selbstbestimmungrecht nur bis an die Grenzen Oesterreichs anerkenne. Was hat man aber den Polen gegenüber getan? Würde man den Grafen Czernin und Herrn v. Seidler fragen, ob sie zustimmen, daß nach dem Grundsatze der Selbstbestimmung die Völker Oesterreichs bis zu ihrer Absonderung dieses Recht verwirklichen sollen, so würde man gewiß die entrüsteteste Entgegnung dieser beiden Staatsmänner hören. Es ist das ein zweites Maß, eine zweifache Wahrheit, wovon nur eines Wahrheit sein kann, das andere aber Lüge sein muß. (Beifall bei den Polen.) Oesterreich war der Träger der sogenannten austro-polnischen Lösung der polnischen Frage. Dreieinhalb Jahre lang hat uns dieser Staat in der Hoffnung erhalten, daß die austro-polnische Lösung zur Wirklichkeit werden wird. Diese Lösung war nicht nur dynastisch gedacht, sondern als Gegengewicht gegen die erstarkende Riesenkraft des deutschen Militarismus, als ein Mittel der Expansion Oesterreichs nach dem Kriege, als eine Union der Elemente, die ein halbes Jahrhundert lang mit Oesterreich Hand in Hand gearbeitet haben. Wer aber das Vertrauen der Polen verstümmelte, handelte nicht nur gegen die Polen, sondern gegen die austro-polnische Lösung, gegen Oesterreich und gegen die Dynastie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Redner führte weiter aus, Graf Czernin habe sich wiederholt geäußert, daß er sich die Tür zur Lösung der austro-polnischen Frage offen halte und erklärt, er wolle für die Verwirklichung der Forderungen der Polen unter Wahrung der Interessen des österreichischen Staates eintreten. In Brest-Litowks aber wurde nicht die Entscheidung des polnischen Staates und des polnischen Volkes angerufen, sondern ohne die Polen, hinter ihrem Rücken über die Grenzen Polens entschieden. Graf Czernin war der erste, der die Grenzen Polens verstümmelte, der das Vertrauen der Polen zu Oesterreich totschlug (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen) und der die Führung Deutschlands in der Lösung der polnischen Frage vollständig anerkannt hat. Künftighin wird zwischen den Ukrainern und Polen ein Elsaß-Lothringen bestehen, an dem beide Staaten jahrzehntelang schmerzlich bluten

werden. Oesterreich hat die ganze Führung dem Deutschen Reiche abgetreten, und es liegt Größe in der deutschen Politik, wenn die deutschen Diplomaten der österreichischen Diplomatie das Heft aus den Händen entwunden haben. Redner führt aus, er zweifle nicht, daß die Ueberschüsse aus der Ukraina nach Deutschland wandern werden und wendet sich — unter lebhafter Zustimmung bei den Polen und stürmischem Widerspruch links — in heftigen Ausdrücken gegen das bezügliche Vorgehen der Deutschen in Rumänien und Polen.

Präsident ruft den Redner mit der Bemerkung zur Ordnung, er könne es nicht zugeben, daß die Regierung des uns engverbündeten Deutschen Reiches hier beschimpft werde.

Abg. Daszynski erklärt weiter, in einer Hinsicht sind die Polen dem Grafen Czernin und der Brester Verhandlung dankbar, da der 9. Februar zugleich der Tag des Erwachens des polnischen Volkes war. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Am 18. Februar war Galizien der Schauplatz einer Demonstration, wie sie in Oesterreich noch nicht gesehen worden ist. Man hat bereits angekündigt, daß der jetzige Statthalter von Galizien zurücktreten und an seine Stelle der Generalmajor Dr. Bardolff, der Vertrauensmann des verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand, gesetzt werden soll. Man will den Schatten der Vergangenheit zu einer Drohung für die nächste Zukunft uns gegenüber machen. Redner warne die Regierung, die Gefühle der Polen aufzustacheln. Man bedenke doch, daß das Schicksal der Polen auch das Schicksal der anderen Völker in Oesterreich ist. Den Frieden mit der Ukraina können die Polen nicht anerkennen. Wenn der Minister des Aeußern es beabsichtige, ein Volk zur Empörung zu bringen, so wird man daraus die Lehre ziehen müssen, daß in Zukunft die Sache der Völker niemals an die Interessen einer Dynastie zu binden ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) *)

Abg. Höher (christlich-sozial) polemisiert gegen die Ausführungen Daszynskis und findet es merkwürdig, daß diejenigen, die sich heute im Hause gegen den ersten Schritt zum Frieden wenden, vor kurzer Zeit wie aus einem Munde nach dem Frieden um jeden Preis geschrien haben. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Adler (deutscher Sozialdemokrat): Daraus, daß eingetreten ist, was den Frieden mit ganz Rußland in nahe Aussicht zu stellen scheint, folgt, daß wir an die Regierung die Forderung stellen, es möge alles aufs peinlichste vermieden werden,

---

*) Die polnische Presse bringt eine Erklärung, nach der die Majorität des Polenklubs die letzten Ausführungen Daszynskis nicht teilt.

was als eine Einmischung in die Angelegenheiten der Völker, die Rußland bewohnen, aussehen könnte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Begabung, Völkerstreit zu schlichten, scheint rar zu sein, und es ist vielleicht auch von außen nicht möglich. Polen wollte man ja wirklich befriedigen, und was ist daraus geworden? Die Rede des Abg. Daszynski! Was den deutschen Sozialdemokraten an der austro-polnischen Lösung bedenklich erschien, war nicht das Polnische, sondern das Austro-Polnische. Ich gestehe offen, daß ich, so sehr ich den Schmerz der Polen darüber, daß ihnen ein Stück ihres Bodens, wie sie behaupten, weggonemmen wird, ohne daß sie gefragt wurden, begreife, so sehr ich auch begreife, daß sie gewissermaßen antizipando einen hohen Grad von Aufregung entwickeln, bevor diese Auseinandersetzung über die Lösung der polnischen Frage noch deutlich geworden ist — denn die Versicherung, daß die austro-polnische Lösung endgültig begraben ist, genügt mir nicht —, sagen muß, das, was mich am schmerzlichsten berührt, ist, daß die Polen, und zwar die Polen der meisten Parteien bis in die sozialistischen Reihen hinein, diesen Krieg — ich will nicht sagen bewirkt — aber geschürt, gewünscht und mitvorbereitet haben.

Abg. Vacek (Czechischer Agrarier) erklärt, er wolle folgende drei Fragen beantworten: Wer den Frieden schließen soll, auf welcher Grundlage und wie er geschlossen werden soll, damit er dauernd ist. Nach dem bestehenden Gesetze sei nur der Kaiser berechtigt, Frieden zu schließen. Redner verweist auf den von seiner Partei eingebrachten Antrag auf gesetzliche Aenderung bezüglich der Rechte der Krone in dieser Richtung. Seine Partei fordere weiter die völlige Beseitigung der Geheimdiplomatie und beharre bei der Deklaration vom 6. Januar, daß sie den Grafen Czernin und die Generale nicht als bevollmächtigte Vertreter der Völker der Monarchie bei den Friedensverhandlungen anerkenne.

Die zweite Frage, auf welcher Grundlage der Frieden zu schließen wäre, könne er nur kurz und entschieden dahin beantworten: auf Grundlage der Selbstbestimmung der Völker, nicht nur von Staat zu Staat, sondern von Volk zu Volk. Graf Czernin verlangt, daß unsere Angelegenheiten in der Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege geregelt werden. Was ist unser Staat, was ist unsere Verfassung? Der Staat ist etwas Imaginäres, er lebt nur in seinen Völkern. Die ganze Monarchie müsse von neuem eingerichtet werden in dem Sinne, wie es die Deklaration der czechischen Abgeordneten vom 30. Mai verlangt. Aus der Monarchie soll ein freier Staatenbund geschaffen werden. Die dritte Frage könne dahin beantwortet werden, daß der Friede dauerhaft sein werde, wenn er allgemein und gerecht sein wird. Oesterreich habe den Frieden in

der Hand, aber es verlängere den Krieg, weil es von Deutschland ins Schlepptau genommen sei. Die seinerzeit vom Abg. Praschek ausgesprochene Losung: Los von Deutschland, würde für uns nicht, wie damals von seinen Gegnern gesagt wurde, den Ruin, sondern den sofortigen Frieden bedeuten.

Jedermann ist bei uns des Krieges satt. Wilsons zweite Botschaft reicht uns so schön die Hand. Nach dem jetzigen großen Ringen muß jedem Volk, auch dem kleinsten, die Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung zuteil werden. Es heißt, daß der Ministerpräsident während der Debatte die Grundlagen der Verfassungs- und Verwaltungsreform mitteilen werde. Diese werde sicherlich keine Großzügigkeit im modernen demokratischen Geiste, sondern ein armseliges Flickwerk an dem alten morschen Gebäude schaffen. (Lebhafter Beifall bei den Czechen.)

* * *

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich unter der Ueberschrift „Die Ansprüche der Polen“:

„Im österreichischen Abgeordnetenhaus haben mehrere Redner die Unzufriedenheit der Polen mit dem Ukrainavertrag in Formen zum Ausdruck gebracht, die in Deutschland auf das lebhafteste befremden müssen. Wenn der Obmann des Polenklubs sich in Ausfällen gegen den deutschen „Imperialismus“ ergeht, so wollen wir doch daran erinnern, daß ohne die erfolgreiche Mitwirkung der deutschen Waffen die Frage der Grenzführung zwischen Polen und der Ukraina heute überhaupt nicht zur Erörterung stünde. Weiter aber müssen wir es ablehnen, daß die polnischen Redner im österreichischen Abgeordnetenhaus ihre Anklagen wegen des Chelmer Landes gerade an die deutsche Adresse richten. Staatssekretär v. Kühlmann hat im Hauptausschuß dargelegt, daß die deutschen Interessen an dem Ukrainavertrag selbstverständlich sehr groß und wichtig seien, daß aber die österreichischen Interessen an der getroffenen Lösung und an ihren politischen Folgen die unsrigen noch erheblich überträfen. Deswegen sei von ihm in diesem Punkte so verfahren worden, daß auch nicht der geringste Anlaß vorliegen könnte, in unser auch bei den Brester Verhandlungen trefflich bewährtes Bundesverhältnis auch nur den leisesten Schein einer Trübung gelangen zu lassen. Danach haben also die Vertreter der österreichischen Interessen bei den Verhandlungen über die Chelmer Frage durchaus den ihnen, entsprechend den größeren österreichischen Interessen zukommenden Einfluß gehabt, und es ist ein Irrtum, wenn es jetzt von den polnischen Rednern so dargestellt wird, als hätte in dieser besonderen Frage die Führung in der Hand der deutschen Unterhändler gelegen.“

Brief aus Chelm.

Der Warschauer Zeitung „Głos“ wird geschrieben:

Chełm, den 13. Februar.

Man darf sich leicht den Eindruck und die Empfindungen vorstellen, die wir in den jüngsten Tagen durchlebt haben; jedes polnische Herz wird das verstehen und nachfühlen können.

Nicht allein die Tatsache der vollzogenen Abtrennung ohne Befragung und ohne Wissen der Einwohnerschaft hat den Schauder, Schmerz und die Reaktion der Einwohnerschaft hervorgerufen. Wir waren daran gewöhnt, als das Gesindel des Bischofs Eulogius unser Land in ein „echt russisches“ verwandeln wollte, als man hierher ganze Scharen russischer Landstreicher aus dem Inneren Rußlands herbrachte und sie als Chełmer Russen ansiedeln wollte; wir waren an solche Attacken gewöhnt, die uns unter Rechtsbruch Polen entreißen wollten.

Aber jetzt während des Krieges haben sich verschiedene neue Tatsachen in unserem Gedächtnis eingeprägt. Wir erinnern uns, daß anfänglich die österreichischen Behörden hier Nachforschungen nach Ukrainern angestellt haben, wir erinnern uns, daß man hier keine Ukrainer vorgefunden hat, daß eine Statistik der Bevölkerung durchgeführt wurde, die folgendes Resultat ergeben hat: nach Abzählung der Juden zeigte es sich, daß die christliche Bevölkerung zu 90% aus Polen besteht und daß auf Russen, Ruthenen und Deutsche kaum 9,8% entfallen. Wir erinnern uns, daß dieser Tatsache dadurch Rechnung getragen wurde, daß das ganze Chełmer Land von dem Bereich der österreichischen Etappenbehörden abgetrennt und zum General-Gouvernement Lublin geschlagen wurde. Wir erinnern uns, daß am 5. November 1916 im Hof der Kirche von Chełm die kaiserlichen Worte gefallen waren, die uns die Zugehörigkeit zur polnischen Monarchie garantierten.

Und als in Berlin und Wien trotzdem eine Chełmer Frage konstruiert wurde, haben wir im Februar 1917 eine Erklärung veröffentlicht, in der wir die Chełmer Ukrainer aufgerufen

haben, die Streitigkeiten hier am Platze mit uns zu erledigen; wir forderten sie auf, aus der Versenkung hervorzutreten, weil wir sie trotz besten Willens nicht auffinden konnten. Aber niemand hat uns geantwortet, niemand war erschienen. Allerdings wurde wohl in Beantwortung dieser Erklärung eine Eingabe gemacht an die österreichisch-ungarische Kommandantur, die 16 Unterschriften enthielt und zur Gründung einer ukrainischen Schule aufforderte, aber die österreichisch-ungarischen Behörden haben dann selbst festgestellt, daß von diesen Unterschriften 10 fiktiv waren und daß die übrigen 6 von orthodoxen, im vorgerückten Alter stehenden und kinderlosen Russen geleistet waren; die ukrainische Schule wurde deshalb auch gar nicht eröffnet.

Trotz der Fälschungen der orthodoxen Körperschaften, trotz des russischen Druckes, der Knute, der Katorga, der Bestechlichkeit und Entartung der Popen, der Brutalität der Gendarmen, trotz der Verwüstungen des Krieges — haben wir alles überwunden und sind von Jahr zu Jahr stärker geworden.

Das Regime der allmächtigen Zaren ist gefallen, mit dem Siegel des Fluches wurde die Regierung der russischen Bürokratie abgeschlossen und die Herrschaft der Popen beendigt — aber unerschütterlich steht hier unser Polentum, hier und in Wolynien.

In Gott ist unsere Zuflucht, daß auch das Unrecht von Brześć in der Geschichte nicht bestehen wird — es wird vorübergehen —, aber es wird uns nichts anhaben.

* * *

In Chełm fand am 14. d. M. eine große Volksversammlung statt, in der ein scharfer Protest gegen die Abtrennung des Chełmer Landes beschlossen und eine Kommission gewählt wurde, die ähnliche Volksversammlungen im ganzen Kreise organisieren soll. In der Kirche fand ein feierlicher Bittgottesdienst statt; als der Geistliche von dem neuen, auf Polen herabgefallenen Schlage sprach, erfüllte allgemeines Schluchzen das Gotteshaus.

In Tomaszow bei Lublin hat die Nachricht von der beabsichtigten Abtrennung dieses Kreises von Polen wie ein Blitz eingeschlagen: Wer es nicht gesehen hat, wie allgemein die Freude war, als dieses Land Polen wiedergegeben wurde, kann es sich gar

nicht vorstellen, wie unermeßlich der Schmerz der hiesigen polnischen Bevölkerung ist. Die Opferwilligkeit der Gutsbesitzer und Bauern hat hier ein eigenes Gymnasium, als Vorposten der polnischen Kultur gegründet, die Gedenktage des 3. Mai und das Jubiläum Kosciuszkos wurden zu wahren nationalen Manifestationen. Der polnische Charakter dieses Kreises unterliegt gar keinem Zweifel, denn von den 61 106 Bewohnern waren nach der neusten Statistik der österreichischen Okkupationsbehörden 44 800 römische Katholiken, 13 783 Juden und nur 2523 russische Orthodoxe. Und dieses Land soll einem fremden Staate ausgeliefert werden?

Aus Chełm wird berichtet, daß die Okkupationsbehörden jede Art Volksversammlungen verboten haben. In der Stadt wurde der Belagerungszustand verkündet. Alle polnischen politischen Institutionen werden durch zahlreiche Gendarmen bewacht. Starke Militärpatrouillen kreisen durch die Straßen, und an vielen Punkten der Stadt wurden Maschinengewehre aufgestellt. Die Stadt macht den Eindruck eines großen Truppenlagers. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Am 18. Februar fand ein allgemeiner Streik statt.

Strategische Sicherungen gegenüber Polen?

Halbamtlich wird mitgeteilt:

„Von einem Berliner Blatt ist in einer Notiz zur polnischen Frage die Nachricht verbreitet worden, es werde erwogen, von Polen so viel für Deutschland abzutrennen, wie man zur strategischen Sicherung nötig zu haben glaube, und den Rest seinem Schicksal zu überlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß auch das preußische Staatsministerium sich mit diesem Plan befaßt und ihn entschieden mißbilligt habe. Nach einem vor kurzem einstimmig gefaßten Beschluß habe das Staatsministerium sich mit größter Entschiedenheit gegen eine Erweiterung des von Polen bevölkerten Staats- und Reichsgebietes ausgesprochen. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind Beschlüsse darüber, was weiter aus Polen werden soll, bisher noch nicht gefaßt worden. Auf den Ausfall der letzten Entscheidung wird selbstverständlich vor allem auch die Art und Weise von Einfluß sein, wie das befreite Polen sich gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhalten gedenkt.“

Zu obiger Meldung bemerkt der „Lokal-Anzeiger“:

„Wie das befreite Polen sich gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verhalten gedenkt, darüber können nachgerade nicht mehr die leisesten Zweifel herrschen. Die Polen stehen nicht auf dem Standpunkt, daß sie dankbar zu sein haben für das, was die Mittelmächte für sie getan haben, sondern sie spielen sich ihnen gegenüber als die zum Fordern Berechtigten auf und sehen in jeder Ablehnung, die erfolgt, eine unverdiente Kränkung und Vergewaltigung. Daß sie auch ihr eigenes Verhalten in dieser oder jener Beziehung nach den Bedürfnissen ihrer Befreier einrichten müßten, das kommt ihnen vollends nicht in den Sinn. Unter diesen Umständen kann es kein Auskommen mit ihnen geben, und je länger man sich in Berlin und Wien dieser Erkenntnis verschließt, desto schlimmer für uns. Wir möchten annehmen, daß die vorstehende halbamtliche Auslassung die beginnende Umkehr anzeigen soll; zum mindesten ist die polnische Frage mit ihr wieder von neuem aufgerollt, und wie der polnische Regentschaftsrat die beiden Kaiserproklamationen schon jetzt auf Grund des Friedensschlusses mit der Ukraina als entwertet ansieht, so werden auch wir uns von der durch sie begründeten „Zwangsläufigkeit" wieder freimachen können. Jedenfalls gilt der Satz, daß wir uns den Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik nicht sabotieren lassen werden, auch den Polen gegenüber. Daran werden sie mit allem ihrem Gelärme nichts zu ändern vermögen."

„Das Verhalten der Polen in dem Falle Chelm — schreibt die „Post" — scheint darauf hinzuweisen, daß, wenn nicht in der Folge schwere Verwicklungen eintreten sollen, jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, um auch den Polen gegenüber Fraktur zu reden."

Die ungarische Auffassung.

Budapest, 22. Februar: In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses führte Ministerpräsident Dr. Wekerle unter anderem folgendes aus: Was die polnische Frage betrifft, so ist es nicht notwendig zu wiederholen, daß wir für die zukünftige Konstituierung und Konsolidierung sowie für die Befriedigung der Ansprüche des polnischen Volkes in jeder Hinsicht von vollsten Sympathien erfüllt sind. (Allgemeine Zustimmung.) Es ist dies nicht nur unser Standpunkt, dem wir Geltung verschaffen wollen, es entspricht dies der ganzen ungarischen öffentlichen Auffassung. Ueber die Fragen, welche nicht geklärt sind, welche vielleicht als einseitige Wünsche auftauchen können, und welche vielleicht demnächst zur Verhandlung gelangen, könne er sich natürlich nicht äußern.

Es ist die Frage, fuhr Wekerle fort, in welchem Maße wir im Interesse der Sicherung der Grenzen des Deutschen Reiches mit Bezug auf Polen Ansprüche zu erheben wünschen, darüber könne er aber das Haus beruhigen, daß auch bei Lösung dieser Frage die polnischen ethnischen Verhältnisse entscheidenden Einfluß ausüben würden.

Was nun die Chełmer Frage betreffe, so sei bezüglich derselben mit den Ukrainern eine neue Vereinbarung zustandegekommen. Er wolle im vorhinein bemerken, was auch der österreichische Ministerpräsident besonders betont habe, daß nämlich der ukrainische Friedensvertrag im Punkt 9 an die Bedingung geknüpft sei, daß er nur dann ins Leben treten, beziehungsweise daß er nur dann in Geltung bleibe, wenn sämtliche Punkte erfüllt würden. Wenn nur ein einziger Punkt, schloß Wekerle, nicht erfüllt wird, tritt der ganze Vertrag außer Kraft, und es hat eine neue Vereinbarung zu erfolgen.

In der Chełmer Frage ist nun eine neue Vereinbarung zustande gekommen, welche die Gewähr enthält, daß die Wünsche der Bevölkerung und die ethnographischen Verhältnisse berücksichtigt werden, und daß diese Frage unter der Mitwirkung Polens gelöst wird. Ich hoffe, daß unter Aufrechterhaltung des ganzen Friedensvertrages auch diese Frage zur gegenseitigen Beruhigung unter Beachtung der polnischen Interessen gelöst wird.

Die Stellung Englands.

Der „Kreuzzeitung“ wird gemeldet:

London, 21. Februar. Graf Ladislaus Sobanski empfing vom Auswärtigen Amt ein Schreiben, in dem Balfour ihm als Vertreter des polnischen Nationalkomitees in London mitteilte, daß die englische Regierung ihrem Agenten in Kiew aufgetragen habe, die Erklärung abzugeben, daß sie den kürzlich geschlossenen Frieden zwischen der Ukraina und den Mittelmächten nicht anerkennen, und daß England keinen einzigen Frieden anerkennen wird, an dem Polen interessiert ist, wenn dieses Land nicht vorher befragt worden ist.

Deutsche Pressestimmen.

Die „Frankfurter Ztg." schrieb am 14. Februar:

„Im Verhältnis zwischen den Mittelmächten und dem polnischen Volke sind im Verlauf des Krieges von beiden Seiten große Fehler begangen worden. Die Polen werden sich hoffentlich nicht in die Täuschung einwiegen, daß sie alles getan hätten, um denen, die heute nun einmal über die Macht verfügen, eine günstige Meinung von sich beizubringen. Dieses Versäumnis hat mehrere tiefliegende Ursachen. Ein Volk, wie das polnische, das seit mehr als hundert Jahren in den Möglichkeiten seines Reifens aufs schwerste gehemmt ist, mag in der Stunde der Entscheidung schwerer als andere den Mut zu dem von der nationalen Notwendigkeit gebotenen Handeln fassen. Zudem war unter den Polen durch die Agitation der allpolnischen Richtung die innere Annäherung an Rußland sehr gefördert worden, so daß die plötzliche Aussicht auf dauernde Gemeinschaft mit uns keineswegs überall freudige Gefühle erweckte. Aber wie dem auch sei, die Führer des Volkes haben es jedenfalls nicht vermocht, diejenigen Leistungen hervorzurufen, die von den verbündeten Mächten erwartet werden durften. Man überlegte und zögerte, anstatt, als die seit einem Jahrhundert von den polnischen Sängern ersehnte Stunde kam, sie mit voller Seele zu erfassen und ohne Rückhalt für die Mittelmächte Partei zu nehmen. Solche Halbherzigkeit rächt sich; wenn die Polen glaubten, sie täten sehr klug daran, die Deutschen sich ruhig vor den russischen Gräben verbluten zu lassen, um dann selber zu machen, was sie wollten, so haben sie den denkbar schwersten Fehler begangen. Aber auch unsere Polenpolitik bietet Anlaß zur Kritik. Erst, als in falscher Einschätzung der Wahrscheinlichkeit übertriebene Erwartungen gehegt wurden, erweckte man in den Polen große Hoffnungen. Eine Großmacht aber kann ihre Schritte nicht lediglich nach dem Wohlverhalten anderer, sondern muß sie nach dem Gesetz der Notwendigkeit einrichten; sonst gelangen wir zu dem Erziehungssystem törichter Eltern, die ihre Kinder abwechselnd verhätscheln und verprügeln. Wir wissen nicht, auf welche triftigen Gründe sich die neue Begünstigung des Ukrainertums stützt. Wir haben für diese aufstrebende Nation, die in Ostgalizien in schwerem und bisher ungleichem Kampfe mit den Polen liegt, alle Sympathie, aber auch zu große Achtung vor der Idee des Volkstums selbst, um zu glauben, daß die Ukrainer im Ernste etwas anderes im Auge haben können als sich selber und die Entwicklung ihrer jungen Eigenart. In Brest gestanden Herr v. Kühlmann und Graf Czernin den ukrainischen Delegierten Grenzen zu, die, wie jeder mit den polnischen Ansichten nur oberflächlich Vertraute sofort wußte, bei allen Polen helle Erbitterung hervorrufen mußten. Es wäre sehr wichtig zu erfahren, wie sich die

Mittelmächte angesichts der nun ausbrechenden Gegnerschaft der Polen die weitere Entwicklung denken. Noch sind wir nicht am Ende des Krieges, und die Stimmung eines so großen Volkes wie der Polen ist keineswegs gleichgültig."

„Daß auch die Polen bei der endgültigen Zuweisung eines Gebiets, auf welches sie immerhin alte Ansprüche besitzen, gehört werden, entspricht allerdings den Forderungen nicht bloß der Billigkeit, sondern auch der Klugheit. Und es ist besser, daß in diesen nationalen Streitfragen, die in jedem Falle gegen den Willen einer Partei entschieden werden müssen, ganz Europa die Verantwortung trage, als daß Deutschland allein mit dem Hasse beladen wird."

Das führende Zentrumsblatt, „Kölnische Volkszeitung", vom 15. Februar schreibt:

„Vielleicht haben da die Mittelmächte etwas mehr nachgegeben, als rein vom ethnographischen Standpunkt sich ergeben hätte. Aber sie haben dann nachgegeben, um nicht den Friedensschluß mit der Ukraina in schädlicher Weise hinauszuschieben!

Wenn die Polen so die Dinge nüchtern und sachlich angesehen hätten, hätten sie sich mit der getroffenen Entscheidung ruhig abfinden können und müssen. Wenn sie statt dessen sowohl in Wien wie in Warschau sofort in die schärfste Gegnerstellung übergingen, so kann man das nur als einen höchst unbesonnenen Ausbruch nationaler Leidenschaftlichkeit bezeichnen, welcher der polnischen Sache als ganzes gewiß nicht nützen wird. Die Polen können doch nicht daran denken, ohne alle Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn ihr neues Reich in Warschau aufrichten zu wollen. Die „austrophile" Lösung der polnischen Frage, welche von den Polen selbst in ihrer großen Mehrzahl bevorzugt wurde, war auf dem besten Wege der Verwirklichung. Sie ist natürlich jetzt wieder ins Schwanken gekommen. Wie soll's denn nun gemacht werden? Wenn das neue Polen nicht mit Oesterreich-Ungarn zusammenwirken will? Und wenn die Polen in Oesterreich ihrem eigenen Staate Schwierigkeiten machen, welche in diesem Augenblick ganz besonders gefährlich sind, wo bleibt dann noch ein Weg, um zu einem guten Ende zu kommen?"

Im „Leipziger Tageblatt" (Nr. 88) schreibt der Verfasser der Broschüre „Im besetzten Polen" Dr. R. Bahr:

„Es hat bei uns im Reich eine stattliche Anzahl von Leuten gegeben, denen an dem Friedensschluß mit der Ukraina fast nichts so gut gefallen hat, wie daß mit ihm durch manche polnische Hoffnung ein dicker Strich gezogen wurde. Daß aus dem Weichselgouvernement wieder einmal ein selbständiger Staat mit eigenem Leben werden sollte, schien ihnen eine Versündigung an den stolzesten Traditionen polnisch-preußischer Staatskunst, und immer noch, schier bis in die letzten Tage hinein, rieten sie, diese Polen, mit denen

wir doch nichts anzufangen wüßten (und wirklich auch nichts anzufangen verstehen), an Rußland zurückzugeben. Nun, da ein solches Rußland nicht mehr besteht und im Augenblick kaum mehr bedeutet als einen geographischen Begriff, ist es ihnen wenigstens ein starker Trost, daß man freigebiger gewesen ist zu den Ukrainern als zu den Polen, jenen mehr gespendet hat, als man diesen noch spenden kann. Wobei dem einen oder anderen dann wohl noch die Erinnerung an die römische Staatsweisheit des Divide et impera mitgespielt haben mag.

„Inzwischen haben sich aus der in Brest gefundenen Lösung nun schon allerhand Verwicklungen ergeben. Der polnischen Welt hat sich eine beispiellose Erregung bemächtigt, und diese Erregung hat sich bereits in mancherlei Taten umgesetzt, die uns nicht ohne weiteres angenehm sein können."

Der Verfasser ist der Meinung, daß in den letzten Monaten und Wochen aus polnischem Munde erbitterte, feindselige, ja schlechthin herausfordernde Worte vernommen worden sind. Beweist aber auf Grund des Feldman'schen Geschichtswerkes, daß in der polnischen Geschichte vorherrschend und dauernd im Grunde nur der Gegensatz zu Rußland bleibt, der seit dem Aufkommen des Großfürstentums Moskau den eigentlichen Inhalt der polnischen Geschichte ausmacht.

„Das scheint uns darzutun, daß das, was in der Vergangenheit möglich war, in Zukunft auch möglich sein könnte. Vorausgesetzt, daß es gelingt, die Interessen der Deutschen und der Polen irgendwie miteinander zu verknüpfen und auszugleichen. Das Mißtrauen allein wird sich freilich nicht als Regulator der künftigen deutsch-polnischen Beziehungen gebrauchen lassen. Vor allem aber: dieser werdende polnische Staat muß leben können, darf nicht schon in der Stunde der Geburt ringsaum auf lauter zertrümmerte Hoffnungen schauen. Sonst geraten wir in Gefahr, aus lauter Vorsicht unvorsichtig zu werden und jenen internationalen Intrigenherd, die Urzelle aller kommenden Verwicklungen zu schaffen, deren Entstehen zu verhüten wir seit Jahr und Tag auf Sicherungen über Sicherungen sinnen."

Im „Berliner Tageblatt" vom 21. Februar schreibt Hans Vorst:

„Wie liegt . . . die Streitfrage zwischen den Polen und Ukrainern sachlich? Das russische Gouvernement Cholm, polnisch Chełm, ist eine ganz neue Schöpfung, die erst aus dem Jahre 1909 datiert. Bis dahin gab es dort nur die Gouvernements Lublin und Siedlce, die nach den Bestimmungen des Wiener Kongresses zum Königreich Polen gehörten. Die Bevölkerung in diesen beiden Gouvernements war gemischt, teils polnisch-katholisch, teils kleinrussisch (ukrainisch-orthodox), wobei aber die nationale und konfessionelle Zugehörigkeit sich nicht durchaus in dieser Weise deckte und im

ganzen das polnische Element zweifellos stark überwog. Es würde zu weit führen, hier auf die traurige Geschichte dieses Gebiets, das von altersher das Objekt grausamer Russifizierungsmaßregeln war, einzugehen. Jedenfalls erfolgten nach dem Toleranzukas von 1905 sofort massenhafte Uebertritte von der Orthodoxie zum Katholizismus. Dies veranlaßte den Plan, aus den Gouvernements Lublin und Siedlce ein neues Gouvernement Chełm herauszuschneiden, und zwar so, daß darin die Mehrzahl kleinrussisch-orthodox sein sollte. Das neue Gouvernement Chełm wurde von Polen losgelöst und eine Reihe von Ausnahmebestimmungen dafür geschaffen, um mit der Russifizierungsarbeit ungestört fortfahren zu können. Ob es dieser künstlichen Schöpfung gelungen ist, eine kleinrussische Bevölkerungsmehrheit zu schaffen, ist bei der Unzuverlässigkeit der Statistik eine strittige Frage. Jedenfalls überwog nach wie vor das katholische Element. Die Ukrainer aber machen dagegen geltend, daß in diesem Gebiet auch viele Kleinrussen sich zum katholischen Glauben bekennen.

Es ist nicht die Aufgabe deutscher Politiker, diese polnisch-ukrainische Streitfrage materiell zu entscheiden und für die eine oder die andere Seite Partei zu nehmen. Nur daran haben die Mittelmächte ein dringendes Interesse, daß dieser Konfliktspunkt ein für allemal nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit durch eine dauernde Verständigung der beiden streitenden Parteien aus der Welt geschafft werde. Das einzige Mittel, um zu einem Ausgleich zu gelangen, wäre es gewesen, die polnisch-ukrainische Grenzregulierung einer Vereinbarung der Polen und Ukrainer selbst zu überlassen. Wäre eine solche Vereinbarung auf dem direkten Verhandlungswege nicht zu erzielen gewesen, so hätte man zu einer Entscheidung durch ein Schiedsgericht oder durch ein Plebiszit greifen können. Denn wenn irgendwo, so verdient in diesem Falle, wo es sich um die Grenzen zweier neu entstehender Staaten handelt, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" in Anwendung gebracht zu werden. Hätten die Delegationen der Mittelmächte in Brest-Litowsk unverrückt diesen Standpunkt vertreten, so hätten sie dem Ausgleich gefährlicher Gegensätze gedient und rechtlich vor aller Welt und auch vor den Ukrainern selbst, die soeben das Recht der Selbstbestimmung für sich in Anspruch genommen haben, unanfechtbar dagestanden. Die offizielle Politik der Mittelmächte hat sich dafür ausgesprochen, auch in den internationalen Beziehungen das Recht an die Stelle der Macht zu setzen. Es genügt aber nicht, das platonisch als eine ideale Forderung aufzustellen. Sondern es war von höchster Wichtigkeit, daß bei dem ersten Friedensschluß dieser Grundsatz auf das gewissenhafteste in die Tat umgesetzt würde. Es handelt sich bei diesem Grundsatz um den künftigen Frieden der Welt. Die Polen hatten begründeten An-

spruch, bei der Entscheidung der Chełmer Angelegenheit mitzubestimmen, und es harmoniert nicht mit dem demokratischen Rechtsgefühl, wenn über ein Gebiet, das von altersher zu Polen gehört hat, ohne Mitwirkung der Polen verfügt wird."

„Es muß noch heute möglich sein, einen Weg für die alle Teile befriedigende Beilegung des polnisch-ukranischen Konflikts zu finden. Die Mittelmächte brauchen für ihre eigene Ruhe und Sicherheit gute und freundschaftliche Beziehungen sowohl zur Ukraina wie zu Polen. Die Entscheidung soll daher auch nicht den Polen zuliebe oder zuleide getroffen werden. Es handelt sich dabei nicht etwa um ein polnisches Interesse allein, sondern um ein dringendes Interesse der Mittelmächte, die nicht wünschen können, daß für die Zukunft neue bedrohliche Zwietracht im Osten gesät werde. Und es wäre zu wünschen, daß die Polen ihren Widerspruch mit Maß zur Geltung zu bringen wüßten, um nicht durch die Atmosphäre der Leidenschaft eine sachliche Entscheidung zu erschweren."

Heilige Wölfinnen.

Der auch in Deutschland rühmlichst bekannte Romandichter W. St. Reymont, der Verfasser des herrlichen Bauernepos „Die Polnischen Bauern", hat auch dem Martyrium des Chełmer Landes ein Buch gewidmet. Wir entnehmen demselben folgende Erzählung, die auf authentischen Tatsachen beruht.

Das Dorf Hrudy hat am frühesten in Podlachien, weil schon im Jahre 1867, die ersten Striemen für das trotzige Verharren bei der Union erhalten.

Es begann, wie später allgemein im ganzen Gebiet der Uniaten, damit, daß die polnischen Gesänge, Predigten, Orgeln, Heiligenbilder und Glocken aus den Kirchen entfernt und herausgesetzt wurden.

Aber das Volk setzte die Kirche sofort wieder in den alten Zustand ein und sang weiter polnische kirchliche Gesänge, denn nur solche kannte es, betete vor den Bildern, hörte mit Rührung den Klang der Orgel und die polnischen Predigten an, weil es so schon zu Zeiten seiner Großväter und Urgroßväter war und weil es nur solchen Gottesdienst verstand.

Nicht geschützt hat das aber vor einem neuen Angriff auf die Kirche, denn schon im Juli des gleichen Jahres versuchte man, einen neuen, gehorsamen Pfarrer aufzudrängen.

Der fast schon die Würde eines Chełmer Bischofs innehabende Marceli Popiel brachte den neuen Pfarrer, in Begleitung des Gottesmannes Kalinowski und einer beträchtlichen Zahl von Kosaken, die die Feierlichkeit erhöhen sollten.

Das Volk aber umgab die Kirche mit einem undurchdringlichen Wall und ließ niemanden hinein.

Die Bauern fühlten, was sie erwartete und neigten ihre Häupter in Ergebenheit vor dem Schicksal. Und so erschien im September eine Sotnie Kosaken im Dorf, und nach ihnen marschierte eine Kompagnie Infanterie ein und nahm Quartier in den Hütten. Ganze zwei Monate dauerten die Vergnügungen auf Kosten des Dorfes, und zum Schluß mußte Hrudy sogar noch eine Kontribution zahlen, einige Wirte wanderten ins Gefängnis, und der alte Geistliche, der Pfarrer Terlikiewicz, wurde fortgebracht.

Schließlich atmete das Dorf wieder auf, die Gäste zogen ab, einige Jahre vergingen in Ruhe, und nur in mühseligem Schaffen arbeitete man sich wieder empor, wie nach einer Brandkatastrophe.

Aber die Kirche bewachten sie, als ob sie das eigene Auge wäre, Tag und Nacht wurden Wachen ausgestellt.

Im Jahre 1871, am Tage der „Verkündigung“, erschien ganz unerwartet der neue „befohlene“ Pfarrer, ein gewisser Starosielec, in Gesellschaft des Gottesmannes Kalinowski; sie versuchten, mit Gewalt in die Kirche einzudringen, aber die Bauern umgaben sie wieder mit dem Wald ihrer geschwungenen Fäuste und riefen drohend:

„Wenn der Pfarrer Terlikiewicz nicht zurückkehrt, brauchen wir keinen anderen.“

Angesichts dieser entschiedenen Haltung entfernte sich Starosielec sehr eilig, gab das Spiel aber nicht auf, sondern erschien einige Tage darauf schon in Begleitung ganzer zwei Sotnien Kosaken.

Im Triumph zogen sie in Hrudy ein, mit Musik und Gesang, vor denen die Bauern ein Schauer überlief, und wenn sie sich auch zitternd bekreuzten, verteidigten sie dennoch furchtlos ihre Kirche, nur, daß der Widerstand diesmal sehr kurz war: eine Attacke, Piken, Gewehrladungen, Pferdehufe

bahnten rasch dem aufgedrängten Pfarrer den Weg, der auch endgültig die Parochie in Besitz nahm, während das Militär sich, nach alter Sitte, in den Hütten einquartierte und ganze 8 Wochen ausruhte.

Und als sie schließlich abzogen, blieb in Hrudy kein Rücken heil, keine Scheibe, kein Zaun und keine Tür ganz, und jede Hütte war ein Krankenhaus und beherbergte Waisen. Denn 5 Wirte mußten mit ihren Familien das Los des Pfarrers Terlikiewicz teilen und wanderten in die Verbannung.

Es folgten einige Jahre der Unterbrechung. Es kam das Jahr 1874, unvergessen für immer, das Jahr der Abschaffung der Union.

Das Dorf Hrudy ließ sich von seinen alten Irrlehren nicht bekehren und verharrte ketzerisch bei ihnen, aber es wurde der herrschenden Kirche hinzugezählt und besonderen Gesetzen und den Polizeiwächtern unterstellt.

Das Leben floß wieder im alten Gleise, die leeren Hütten warteten immer noch auf ihre Besitzer, die Waisen auf die Väter und die Menschen auf die Gerechtigkeit; die Leute in Hrudy wandelten wie Schatten, bleich, elend, todtraurig und von Armut und Leiden zerfressen, immer aber bereit, neue Leiden hinzunehmen und neue Opfer zu bringen für ihre heilige Sache.

Mit der Kirche und dem Pfarrhaus waren alle Beziehungen abgebrochen; für immer hatten sie sich von ihnen abgewandt; denn dort herrschte schon eine fremde Sprache, ein fremder Glaube und fremde Menschen; selbst den die Kirche umgebenden Kirchhof überschritt kein Fuß mehr.

Sie beteten in ihren Häusern, im geheimen, oder in den Wäldern, wo sie sich zu feierlichem Gottesdienst versammelten; die Kinder wurden nur provisorisch mit Wasser getauft; die Toten wurden im geheimen, bei Nacht, begraben und die Grabhügel sorgfältig der Erde gleichgemacht, damit sie dem Polizeiwächter nicht auffallen und kein Befehl erfolgen konnte, die Toten nochmals nach dem verhaßten Ritus zu begraben; Ehen wurden aus dem gleichen Grunde nicht geschlossen, und die sogenannten „Krakauer“ Ehen waren damals noch nicht im Gebrauch.

Die aufgedrängte Kirche wollten sie nicht haben; getrost, geduldig warteten sie auf eine Aenderung ihres schrecklichen Loses und ertrugen die unzähligen Schikanen der Behörden. Sie lebten unter ewiger Drohung und Furcht.

So verging die Zeit bis zum Jahre 1876, wo ein neues Unglück auf Hrudy kam, das allerdings schon seit langem gedroht hatte. Eines Tages gegen Ende März kam der strenge Befehl, alle noch nicht getauften Kinder sofort nach der Kirche zu bringen.

„Was tun?“ „Was tun?“ — raunten von Hütte zu Hütte verängstigte, verweinte Stimmen.

Die Haare standen zu Berge, die Fäuste ballten sich, der Jammer zerriß die blutenden Herzen; aber zu gleicher Zeit setzte sich in diesen Heldenseelen unerschütterlicher Widerstand fest, stolz erhoben sich die Häupter, und die Augen blickten furchtlos dem herannahenden Unglück entgegen....

Und ohne Geschrei, ohne viel Nachdenken, verständigten sie sich fast in einem Augenblicke, und alle empfanden das Gleiche: daß sie die Kinder in dieser Kirche nicht taufen lassen werden, selbst wenn sie dafür mit ihrem Leben zahlen sollten. . . .

Und kaum hatten sie sich in ihre Hütten zerstreut, als mehrere Wagen Polizisten mit dem Schulzen an der Spitze anlangten, um die Ausführung des Befehls zu überwachen.

Die Kirche war schon geöffnet und wartete, der Schulze ging mit seiner Schar von Hütte zu Hütte und verkündete nach der Liste, wieviel Kinder aus jeder Hütte herausgeführt werden sollten.

Das ganze Dorf stand vor den Häusern, die Bauern hörten den Schulzen schweigend an, die Frauen standen auf den Häuserschwellen mit ihren Kindern im Arm und schwiegen gleichfalls, nur waren sie seltsam bleich, erregt und warfen Blicke wie wütende Wölfinnen, und als der Schulze vorbei war und die Bauern hinter ihm herzogen, verschwanden sie irgendwo, spurlos, und die Hütten schlossen sich eilig, still und eine nach der anderen. . . .

Als der Schulze sich plötzlich umsah und nur Männer erblickte, rief er:

„Aber wo sind denn die Frauen? Wo sind die Kinder?...“

Finsteres, unheimliches Schweigen antwortete ihm wie ein Steinhagel.

Er fragte nicht weiter, sondern begann mit den Füßen in die erste beste Tür zu stoßen und zu brüllen:

„Heraus, heraus, sonst ziehe ich euch an den Haaren heraus!“

Voller Wut stürzte er an ein Fester und sprang mit einem Aufschrei zurück wie ein wütender Hund vom Igel, denn ein Strahl kochenden Wassers ergoß sich über ihn; voll Zorn, mit Mühe Atem holend, befahl er, die Häuser im Sturm wie Festungen zu erobern.

Leicht war es nicht; denn alle Fenster und Türen waren von innen mit Schränken, Kisten und was unter der Hand war, verbarrikadiert, und wer näherkam, erwischte Stockhiebe, Faustschläge oder wurde mit kochendem Wasser übergossen.

Die Bauern selbst standen inmitten der Dorfstraße und sahen dem Ganzen mit großer Geduld zu....

Die Hütten wurden erfüllt mit Geschrei und Lärm, die Frauen kämpften wie Löwinnen und wehrten einen Sturm nach dem anderen ab; jeden Augenblick ertönten Ausrufe des Schmerzes, Flüche, schreckliches Kinderweinen, der Knall zerspringender Bretter, das Klirren zerbrochener Scheiben, Hundegebell und das Krachen von Balkenstößen, mit denen die Türen eingeschlagen wurden, so daß sie zersplitterten.

Und als schließlich die ersten Hindernisse überwunden waren, drangen die Angreifer in die niedrigen, dunklen Flure ein; ein Handkampf begann, und wildes Geschrei ertönte; denn sie verteidigten sich immer verbissener und immer verzweifelter.

Schließlich waren einige Hütten genommen; aber alle Frauen verbargen sich augenblicklich mit ihren Kindern in den Schornsteinen und Backöfen, und jede Ecke mußte besonders erobert werden.

Sie verteidigten sich mit Zähnen und mit Fingernägeln, bissen und kratzten, und irrsinnig vor Verzweiflung, trunken vor Kampf, zerrissen in Lumpen, blutig, zerschlagen, ganz in Wunden und Striemen, kämpften sie weiter mit der gleichen Tollkühnheit, wie Wölfinnen, die von Jagdhunden überfallen werden.

Man begoß sie mit Wasserströmen, warf in die Schornsteine angezündetes Stroh, wollte sie wie Füchse ausräuchern und versuchte gar, sie an den nackten Füßen hervorzuziehen, aber alles vergeblich.

Sie überstanden alles!

Die Angreifer mußten weichen, denn die Nacht nahte und die Haltung der Bauern wurde immer drohender. Der Schulze verhieß dem Dorf die fürchterlichsten Strafen für den Widerstand und fuhr mit seiner ganzen Begleitung ab.

Die Kirche wurde geschlossen, alles kehrte zu dem früheren Zustand zurück, und vorläufig herrschte Ruhe.

Aber nicht lange, denn schon Anfang April, ganz früh an einem Tage, beim Morgendämmern, heulte die Warnungsglocke, und im ganzen Dorf verbreitete sich der unheilvolle Ruf:

„Militär kommt! Rette die Kinder, wer an Gott glaubt!“

Und schon erklang der dumpfe Laut der Trommeln, das Klirren der Waffen und der schwere Marschtritt.

(Schluß folgt.)

NOTIZEN.

Politisches.

Generalmajor Stanislaus Graf Szeptycki ist auf seine eigene Bitte von dem Posten des Militär-Generalgouverneurs des österreichischen Okkupationsgebietes enthoben worden. General der Infanterie Liposcak hat die Leitung des Militär-Gouvernements übernommen.

* * *

† Ludwik Eydziatowicz, Major der polnischen Legionen, hat am 16. Februar in Warschau seinem Leben ein Ende gemacht.

Major Eydziatowicz, geboren im Jahre 1867, war eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des Verwaltungsapparates der Legionen. Beim Ausbruch des Krieges hat er sich, damals Direktor der größten Maschinenfabrik in Sanok (Galizien), dem Legionenkommando samt seinem Sohne zur Verfügung gestellt und war 3½ Jahre in den verschiedensten Stellungen als erprobter Patriot tätig. In den hinterlassenen Briefen gibt er als Ursache seines Abganges an — die Verzweiflung wegen der Abtretung des Chelmer Landes an die Ukraina.

* * *

Falsche Meldungen. Berlin, 22. Febr. (W. B.) Nach Mitteilungen von amtlicher Stelle ist die Meldung, daß in Czenstochau, Lodz und Włocławek der Belagerungszustand verhängt sei, und daß der polnische Regentschaftsrat den Feldmarschalleutnant Rozwadowski zum Generalissimus aller polnischen Abteilungen ernannt habe, unzutreffend. Die Nachricht ist erfunden.

* * *

„Polenlügen“. Unter diesen netten Titel schreibt der Lokal-Anzeiger“:

„Wien, 17. Februar. Die polnische Presseagentur meldet aus Warschau: Nach Stockholmer Nachrichtien sind die Meldungen über die militärischen Erfolge des Korps Dowbor Musnicki stark übertrieben. Die polnischen Truppen haben weder Krylenko gefangengenommen, noch Mohilew, Witebsk oder Smolensk erobert. Das Korps zählt nur 25 000 Mann; es hat Bobrujsk besetzt und dort Lebensmittel und Munitionsvorräte erobert. Bisher hat das Korps Angriffe der bolschewistischen Banden erfolgreich zurückgewiesen.“

Die „Polnischen Blätter“ haben obige Nachrichten aus deutschen Zeitungen oder Presseagenturen erhalten; nachdem sie die Wahrheit erfuhren, sind sie den Uebertreibungen entgegengetreten. Dem deutschen Leser aber wird das alles als „Polenlügen“ aufgetischt.

Manche Tageszeitungen brachten auch die Meldung, daß die polnischen Truppen zusammen mit den Bolschewiki fämpfen. Abg. Stresemann hat im Reichstage darüber Anspielungen gemacht. Beweise liegen nicht vor, aber die Legende von den „Polenlügen“ wird verbreitet.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.

Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.

Central-Verlags-Bureau des Oberst. Poln. Nationalkomitees

Krakau (Galizien), Gołębiagasse 20 (Erdgeschoss)

empfiehlt seine deutschen Ausgaben und zwar:

	Kr.
Balzer, Dr. Oswald: **Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens**	3.50
Bataglia, Roger Baron: **Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland**	28.80
Die Bedeutung Polens für Russland	4.—
Feldstein: **Polen und Juden**	2.—
— **Vermögens- und Zahlungsbilanz Galiziens**	2.—
Halecki, Oskar Prof. Dr.: **Das Nationalitätenproblem im alten Polen**	3.50
Leonhardt, Stanislaw Prof.: **Neue Polenlieder**	—.90
— **Polenlieder deutscher Dichter I.**	4.—
— **Polenlieder deutscher Dichter II**	7.—
Przybyszewski, Stanisław: **Polen und der heilige Krieg**	2.—
Smolka, Stanisław Prof. Dr.: **Die reussische Welt**	12.—
Sokolowski, A. Prof. Dr.: **Geschichte Polens**	2.—
Straszewski, Maurycy Prof. Dr.: **Die polnische Frage**	1.50
Szerer, Mieczysław: **Studien zur Bevölkerungslehre Polens**	— 60
Wasilewski, Leon: **Die Judenfrage in Kongresspolen**	—.60
— **Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrussland**	—.60
— **Die Ostprovinzen des alten Polenreiches**	16.—
Weissstein, Michael Dr.: **Kriegsschäden, deren Begriff und Vergütung**	1.50
Zuckerkandl, N.: **Die Malkunst Polens**	2.—

Erhältlich direkt im Bureau, sowie allen Buchhandlungen des In- und Auslandes. Bei grösseren Abnahmen entspr. Rabatt gegen Nachfrage. Das Bureau empfiehlt auch **Ansichtspostkarten aus dem Leben der polnischen Legionen 1914–1917** in reichlichster Auswahl, sowie **Abzeichen, Bilderreproduktionen** in künstlerischer Ausführung. Kataloge gratis auf Wunsch. — Das Bureau verfügt über mehr als 6000 photographische Klischees und liefert Abzüge à K. 1 per Stück, sowie Vergrösserungen im Preise von K. 7 bis 30 je nach Grösse und Ausführung. — Diese interessanten Aufnahmen direkt vom Felde erfreuen sich grosser Nachfrage.

Anton Choloniewski.



Ein Jahrtausend der Geschichte. Idee des gemeinschaftlichen Lebens. Das Volk und der König. Der polnische Adel. Unionsbildungen. Freiheiten einer Volksklasse. Religiöse Toleranz. Recht und Leben. Polnische Kriege. Im Dienste der Freiheit. Dem europäischen Festlande vorausgeeilt. Der Untergang des polnischen Staates Geist der Geschichte Polens und die Gegenwart.

Preis 2 Mark.

KRAKAU

BUCHDRUCKEREI DES „GŁOS NARODU“ 1917

Bestellungen werden von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.

Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilung (1795-1914)

von

W. FELDMAN.

Inhaltsverzeichnis:

Erstes Kapitel: **Der Werdegang der neuzeitlichen politischen Richtungen in Polen seit Mitte des XVIII. Jahrhunderts.**

Zweites Kapitel: **Die französische Orientierung** (bis 1813)

Drittes Kapitel: **Die russische Orientierung** (1813—1830)

Viertes Kapitel: **Der Glaube an die Völker** (1831—1848)

Fünftes Kapitel: **Der Glaube an die Westmächte**

Sechstes Kapitel: **Polonia fara à da se** (1857—1863)

Siebentes Kapitel: **Die polnisch-österreichische Orientierung**

Achtes Kapitel: **Die Politik der dreifachen Loyalität**

Neuntes Kapitel: **Aufleben der Unabhängigkeitsbestrebungen im Zusammenhange mit modernen sozialen Ideen.**

Zehntes Kapitel: **Anlehnung an Rußland und „Polonia irredenta“**

Nachwort — Sach- und Personenregister.

448 Druckseiten. Preis 10 Mark.

Bestellungen werden vom Verlage **R. Oldenbourg**, München, Glückstr. und von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.